



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

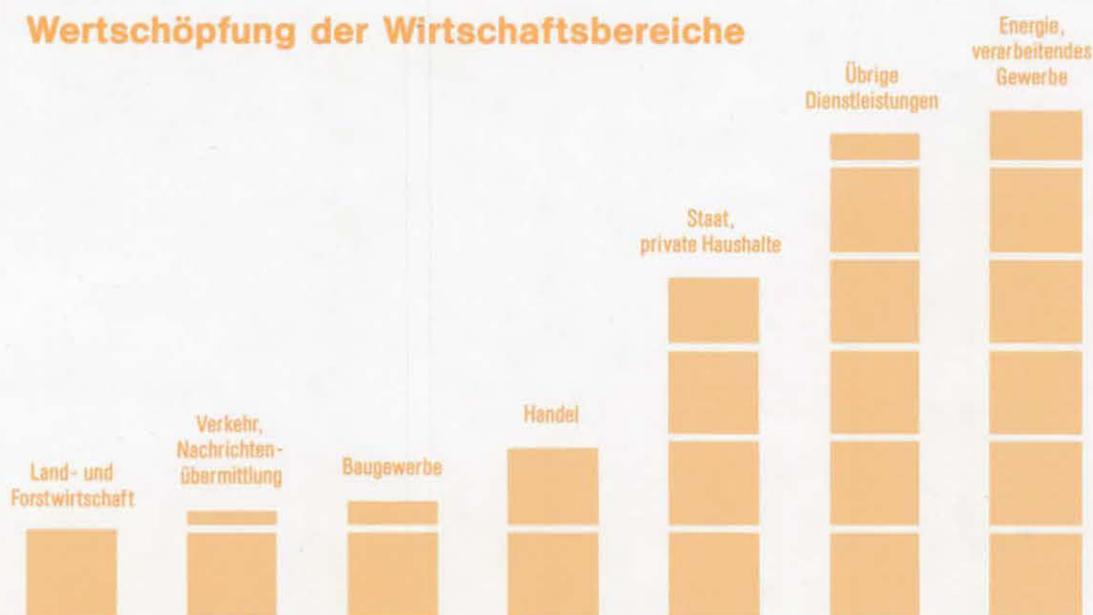
37. Jahrgang · Heft 7

Juli 1985

Grafik des Monats:	Straßenverkehrsunfälle
Aufsätze:	Bewährungshilfe Landwirtschaftliche Besitzverhältnisse
Kurzberichte:	Ausfuhr 1984
Grafik:	Naturräume

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
		April 1985		Januar bis April 1985	
Beschäftigte	1 000	164	+ 1,6	164	+ 1,5
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	+ 4,0	16	- 1,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	526	+ 7,0	489	+ 3,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 101	+ 6,8	2 914	+ 3,2*
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 407	+ 7,0	2 278	+ 1,6
Auslandsumsatz	Mill. DM	694	+ 6,2	636	+ 9,3
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 173	+ 23,5	1 663	+ 0,3
aus dem Inland	Mill. DM	1 056	+ 6,8	1 091	- 9,7
aus dem Ausland	Mill. DM	717	+ 60,6	572	+ 26,9
Energieverbrauch	1 000 t SKE
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	40	- 18,0	39	- 17,6
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	4	- 21,2	3	- 38,6
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	103	- 22,6	71	- 33,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	237	- 24,6	175	- 29,0
Auftragseingang ³	Mill. DM	210	- 13,4	170	- 17,5
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	725	- 40,1	706	- 33,4
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	399	+ 10,8	342	+ 2,1
Einzelhandel					
		März 1985		Januar bis März 1985	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	106,3	- 3,7	99,8	- 1,7
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1980 $\hat{=}$ 100	83,4	- 0,6	73,9	- 1,4
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	152	+ 11,5	108	+ 4,3
Übernachtungen	1 000	630	+ 17,1	433	+ 9,3
Arbeitsmarkt					
		April 1985		Januar bis April 1985	
Arbeitslose	Anzahl	117 182	+ 9,5	127 507	+ 8,8
Ausfuhr					
		März 1985		Januar bis März 1985	
Ausfuhr	Mill. DM	838,5	- 5,9	815,3	+ 7,7
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	838,2	- 5,9	767,9	+ 1,5
Kredite⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 862	+ 5,4	9 557	+ 4,9
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	42 906	+ 6,0	42 748	+ 5,6

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze) 6) an inländische Unternehmen und Private 7) einschließlich durchlaufender Kredite

*) Korrekturhinweis: Im Monatsheft 5/6 streiche 4,2 % setze 1,9 %

INHALT 7/1985

	Seite
Aktuelle Auslese	141
Aufsätze	
Bewährungshilfe	142
Besitzverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben	147
Kurzberichte	
Ausfuhr 1984	153
Grafik des Monats	148
Grafik	
Naturräumliche Gliederung Schleswig-Holsteins	156
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild A	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1984
170 Seiten, Preis 20,- DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 1/1985

Preisindizes der Lebenshaltung seit 1970
Investitionen 1982

Heft 2/1985

Außenhandel
Öffentliche Abfallbeseitigung 1982

Heft 3/1985

Auszubildende 1983
Gemeindeanteil Einkommensteuer

Heft 4/1985

Schleswig-Holstein im Jahre 1984

Heft 5/6-1985

Die Frau in Schleswig-Holstein,
gestern - heute - morgen



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

37. Jahrgang

Heft 7

Juli 1985

Aktuelle Auslese



Weniger Milchkühe – mehr Schlachtvieh

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden am 3. Juni 1985 in Schleswig-Holstein 1,66 Mill. Rinder gezählt. Darunter waren 509 000 Milchkühe. Wegen der im April 1984 eingeführten Milchquotenregelung gab es 28 000 oder 5 % weniger Milchkühe als im Juni 1984. Die Zahl der Kälber war sogar um 6 % geringer. Der Bestand an weiblichen Schlacht- und Mastvieh (+ 19 %) und der an Bullen und Ochsen (+ 15 %) ab einem Jahr hatte dagegen stark zugenommen, so daß die Gesamtzahl der Rinder nur um 9 000 Tiere oder 1 % geringer war. Dies ist allerdings der erste Rückgang seit 1981. Die Entwicklung des Rindviehbestandes läßt auch im weiteren Jahresverlauf ein hohes Schlachttieraufkommen – vor allem an Bullen und Schlachtfärsen – erwarten. Die Zahl der Schafe stieg gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 3 % auf 268 000 weiter an und erreichte den höchsten Bestand nach dem Kriege.



Sozialhilfe-Ausgaben 1984 gestiegen

Mit 928 Millionen DM haben die Gemeinden, die Kreise und das Land für Sozialhilfe auch 1984 wieder mehr ausgegeben als im Jahr zuvor. Mit 7,5 % war der Anstieg etwa ebenso groß wie 1983 gegenüber 1982, aber relativ kleiner als 1980 bis 1982. Bei weiteren Anstiegen wie seit 1983 wird im laufenden Jahr die Milliardengrenze erreicht werden. Im letzten Jahr ist der Zuwachs vor allem in die Eingliederungshilfe für Behinderte (+ 11,5 %) und in die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gegangen (+ 10,6 %). Dennoch beansprucht die Hilfe zum Lebensunterhalt erst gut ein Drittel und die Eingliederungshilfe 15,5 % der Gesamtausgaben, die Hilfe zur Pflege jedoch 43 %.

Diesen dreien gegenüber sind die übrigen zehn Leistungsarten der Sozialhilfe mit zusammen 5,8 % sämtlicher Ausgaben unbedeutend.

Durch Hilfe zum Lebensunterhalt wurden nach vorsichtiger Schätzung gut 4 000 Haushalte oder gut 7 000 Personen mehr unterstützt als 1983. Die für den Herbst erwarteten Ergebnisse der Sozialhilfe-Empfänger-Statistik werden zeigen, ob der Anteil der Ursache „Verlust der Arbeit“ (1983: 18 %) weiter gewachsen ist. Im Jahresmittel 1984 gab es 109 000 Arbeitslose.



Hochschulprüfungen und Habilitationen

Im Sommersemester 1984 stellten sich in Schleswig-Holstein 2 228 Studenten einer Abschlußprüfung, die von 2 089 Kandidaten oder 93,8 % auch bestanden wurde. 797 Studenten konnten ein Fachhochschulstudium erfolgreich abschließen, davon 474 mit einem Diplom und 323 mit der staatlichen Laufbahnprüfung an der Verwaltungsfachhochschule Altenholz. Die erste Staatsprüfung für ein Lehramt bestanden 497 Kandidaten. Das Staatsexamen in anderen Studienfächern legten 359 Studenten erfolgreich ab. Die Diplomprüfung an einer wissenschaftlichen Hochschule bestanden 250 Teilnehmer, 115 konnten eine Promotion erfolgreich abschließen.

Im gesamten Jahr 1984 wurden außerdem 30 Habilitationsverfahren abgeschlossen, und zwar 25 an der Universität Kiel und 5 an der Medizinischen Hochschule Lübeck. Das Durchschnittsalter der Habilitierten betrug 41 Jahre. Jeweils 11 Habilitierte erhielten die Lehrbefugnis für Humanmedizin sowie für Mathematik/Naturwissenschaften. Viermal wurde die „venia legendi“ für Sprach- und Kulturwissenschaften, zweimal für Agrarwissenschaften und je einmal für Rechtswissenschaften und für Musikwissenschaften vergeben.

Bewährungshilfe

Das Strafgesetzbuch (StGB) enthält in seinem Allgemeinen Teil, im 3. Abschnitt „Rechtsfolgen der Tat“, einen vierten Titel „Strafaussetzung zur Bewährung“. Strafaussetzung zur Bewährung (und die bedingte Entlassung) wurden durch das 3. Strafrechtsänderungsgesetz von 1953 in das StGB aufgenommen. Damals wurde die Bewährung im wesentlichen so kodifiziert, wie sie uns heute entgegentritt und mittlerweile auch vertraut ist. Der vielfach gegliederte § 56 StGB bestimmt, in welchen Fällen – z. B. nur bei Freiheitsstrafen von bis zu 2 Jahren – die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe ausgesetzt wird. Dahinter steht die Absicht, die Zwecke der Verurteilung, die mit Sühne und Prävention umschrieben werden, mit einem weniger sozialschädlichen Mittel zu erreichen, als es der Strafvollzug ist. Hierbei spielen Erwartungen eine wesentliche Rolle, die das Gericht aufgrund seiner Eindrücke vom Verurteilten hegt. Um im Falle einer Strafaussetzung zu überprüfen, ob diese Erwartungen sich erfüllen – z. B. daß der Verurteilte keine Straftaten mehr begeht und daß er Unrecht tätig auszugleichen sich bemüht –, und auch, um positiv im Sinne dieser Ziele auf den Verurteilten einzuwirken, hat der Gesetzgeber im § 56a zugleich eine Bewährungszeit eingeführt, die zwischen zwei und fünf Jahre dauern kann. Ihre Dauer ist nicht dieselbe wie die der ausgesetzten Strafe, jedoch kann es nur bei Strafaussetzung mit Bewährung zur Festsetzung einer Bewährungszeit kommen. Die rechtspolitische Idee wird besonders darin deutlich, daß das Gericht (§ 56b) dem Verurteilten zur Sühne seiner Tat anstelle der Verbüßung einer Freiheitsstrafe Auflagen erteilen kann, z. B. den angerichteten Schaden wieder gutzumachen oder Geld an eine gemeinnützige Einrichtung zu zahlen. Das Gericht wird, um das Präventionsziel zu sichern, ferner Weisungen erteilen (§ 56c), die die Lebensführung des Verurteilten betreffen, wenn es den Eindruck hat, daß er dieser Hilfe bedarf.

Alle diese kurz vorgestellten Bestimmungen sind im Strafgesetzbuch so gefaßt, daß der Richter einen weiten Spielraum in ihrer Anwendung hat. So kann der Verurteilte durch das Angebot von Leistungen vermeiden, daß ihm Auflagen erteilt werden und durch Zusagen bezüglich seiner Lebensführung erreichen, daß das Gericht auf entsprechende Weisungen verzichtet. Da andererseits das Gericht bei gewissen Strafmaßen auch in zweifelhaften Fällen die Strafe zur Bewährung auszusetzen gehalten ist, wurde zur Sicherung des rechtspolitischen Zweckes die Einrichtung der Bewäh-

rungshilfe geschaffen: „Das Gericht unterstellt den Verurteilten für die Dauer der Bewährungszeit der Aufsicht und Leitung eines Bewährungshelfers, wenn dies angezeigt ist, um ihn von Straftaten abzuhalten.“ Nicht immer ist also eine Bewährungszeit auch mit Bewährungshilfe gekoppelt. Es gilt vielmehr, zwischen Bewährung, Bewährungszeit und Bewährungsaufsicht zu unterscheiden, die zueinander im Verhältnis der notwendigen Voraussetzung stehen. Die Begriffe „Bewährungshilfe“ und „Unterstellung“ liegen dagegen mit „Bewährungsaufsicht“ auf einer Ebene. Der Absatz 3 des § 56d beschreibt, was Bewährungshilfe ist: „Der Bewährungshelfer steht dem Verurteilten helfend und betreuend zur Seite, er überwacht im Einvernehmen mit dem Gericht die Erfüllung der Auflagen und Weisungen sowie der Anerbieten und Zusagen. Er berichtet über die Lebensführung des Verurteilten in Zeitabständen, die das Gericht bestimmt. Gröbliche oder beharrliche Verstöße gegen Auflagen, Weisungen, Anerbieten oder Zusagen teilt er dem Gericht mit“.

Bisher war vom allgemeinen Strafrecht die Rede. Das Jugendgerichtsgesetz (JGG) enthält in seinen §§ 21 bis 26 analoge Bestimmungen, die wegen der besonderen Situation des Jugendlichen oder Heranwachsenden in gewissen Einzelheiten von denen des allgemeinen Strafrechts abweichen. Darüber hinaus enthält es in seinem § 27 eine Bestimmung, die weiter unten gesondert besprochen wird.

Was trägt nun die Statistik zur Information über dieses eher im Schatten der allgemeinen Berichterstattung liegende Gebiet unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit bei? Wie fügen sich die Zahlen über Bewährungsaufsicht in den quantitativen Rahmen, in den sie sachlich gehören, nämlich die Strafverfolgungsstatistik?

Im Jahre 1983 sind in Schleswig-Holstein 27 522 Personen nach allgemeinem Strafrecht verurteilt worden. Den Löwenanteil darunter bilden mit 23 384 die nur zu Geldstrafe Verurteilten, das sind 85%; zu Freiheitsstrafen wurden 4 058 verurteilt, also 15%. Unter diesen waren 3 872 mit einer Strafe von bis zu 2 Jahren, welche in unserem Zusammenhang interessiert, also 14% aller Verurteilten. Für 2 783 von diesen haben die Gerichte die Vollstreckung der Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt. Hauptsächlich aus diesem Kreis kommen die 724 „Probanden“, die 1983

– nach allgemeinem Strafrecht – einer Bewährungsaufsicht unterstellt worden sind (Zugänge).

Allgemeines Strafrecht	1983
Verurteilte	27 522
darunter mit Freiheitsstrafe	4 058
darunter mit Strafe bis zu 2 Jahren	3 872
darunter zur Bewährung ausgesetzt	2 783
Unterstellungen unter Bewährungsaufsicht (Zugänge)	724
Der Bewährungsaufsicht Unterstellte (Bestand)	2 068

Oben wurde gesagt, daß die Probanden eines Jahres „hauptsächlich“ aus dem Kreis der zu Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren Verurteilten kommen. Es gibt jedoch noch eine andere Gelegenheit, dann nämlich, wenn über die eventuelle Aussetzung des Strafrestes eines Täters zu entscheiden ist, der zunächst zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt worden war und sie auch angetreten und zu einem gewissen Teil verbüßt hat. Nach § 57 StGB kann dieser Fall nach Verbüßung von zwei Dritteln oder auch der Hälfte der Strafe oder nach 15 Jahren, wenn sie lebenslänglich war, eintreten. Da die Bewährungshilfestatistik außer der Gesamtzahl auch die Zugänge nach den einzelnen Gründen für die Unterstellung unter Bewährungsaufsicht verzeichnet, liegt es nahe, die Zugänge eines Jahres den Gruppen von Verurteilten, aus denen die Probanden kommen können, einzeln gegenüberzustellen. Dies geschieht in der nachfolgenden Tabelle, die in ihren zwei Abschnitten jeweils als 2. Zeile die Zugänge in Bewährungsaufsicht nach einem bestimmten Grund enthält und als 1. Zeile die Zahl der Verurteilten, die für eine Bewährungsaufsicht aus diesem Grund in Frage kommen.

Die „übrigen zu Freiheitsstrafen Verurteilten“ umfassen auch diejenigen, die ihre Strafe voll verbüßen; wenn aber kein Strafrest zur Bewährung ausgesetzt wird, kann auch keine Bewährungsaufsicht angeordnet werden (und wenn, dann muß sie nicht angeordnet werden). Die eigentlich wünschenswerte Zahl – Verurteilte mit Aussetzung des Strafrestes zur Bewährung – liegt nicht vor. In der Tabelle wurden ferner in dieser Zeile (3) die Zahlen des jeweiligen Vorjahres eingesetzt, um dem Umstand Rechnung zu tragen, daß der Zugang in Bewährungsaufsicht nach § 57 sich in der Regel auf Verurteilte bezieht, die als solche in der Strafverfolgungstatistik ein oder zwei Jahre früher gezählt worden sind. Eine derartige Spanne hat ja der Verurteilte im Strafvollzug zugebracht,

bevor über eine eventuelle Aussetzung des Strafrestes zu entscheiden war.

Allgemeines Strafrecht	1980	1981	1982	1983
Zu Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren mit Bewährung Verurteilte	2 386	2 208	2 607	2 783
Zugänge in Bewährungsaufsicht nach § 56 StGB	384	337	408	461
Übrige zu Freiheitsstrafe Verurteilte (des Vorjahres)	1 255	1 187	1 287	1 365
Zugänge in Bewährungsaufsicht nach § 57 StGB	377	318	287	263

Die wenigen Fälle eines Zugangs infolge Aussetzung der Strafe oder des Strafrestes im Gnadenwege sind in Zeile 2 enthalten.

Es soll jetzt das Jugendstrafrecht betrachtet werden. Zum ersten Einstieg soll wieder die grobe Übersichtstabelle wie beim allgemeinen Strafrecht dienen:

Jugendstrafrecht	1983
Verurteilte	7 210
darunter mit Jugendstrafe ¹	768
darunter mit Strafe bis zu 2 Jahren	681
darunter zur Bewährung ausgesetzt	377
Unterstellungen unter Bewährungsaufsicht (Zugänge)	594
Der Bewährungsaufsicht Unterstellte (Bestand)	1 481

1) Freiheitsentzug in einer Jugendstrafanstalt; entspricht der Freiheitsstrafe im allgemeinen Strafrecht

Der scheinbare Widerspruch, daß in dem Beispieljahr 1983 mehr Probanden der Bewährungsaufsicht unterstellt wurden als es überhaupt Verurteilte gab, die dafür in Frage kamen, erfordert weitere Erklärungen. Zum einen kann auch im Jugendstrafrecht – wie im allgemeinen Strafrecht nach § 57 – der Richter dann, wenn der Verurteilte einen Teil seiner Strafe verbüßt hat, den Rest aussetzen; in diesem Fall unterstellt er den Verurteilten der Bewährungsaufsicht (§§ 88, 89 JGG). Darüber hinaus kann aber der Richter die Entscheidung über die Verhängung von Jugendstrafe überhaupt aussetzen, wenn er nicht sicher beurteilen kann, ob sie wegen der schädlichen Neigung des Jugendlichen erforderlich ist oder nicht. In einem solchen Fall konstatiert der Richter nur die Schuld des

Täters und unterstellt ihn zugleich der Leitung und Aufsicht eines Bewährungshelfers (§§ 27, 29 JGG). Dieser Jugendliche erscheint dann – in der Statistik – weder als verurteilt noch als abgeurteilt („abgeurteilt“ bezeichnet die begrifflich übergeordnete Menge, welche z. B. auch Freigesprochene umfaßt). Die Personengruppe derer, die potentiell einer Bewährungsaufsicht unterstellt werden können, ist damit im Jugendstrafrecht um eine Kategorie größer, die es im allgemeinen Strafrecht nicht gibt. Die nachstehende differenzierte Tabelle enthält deshalb drei Abschnitte:

Jugendstrafrecht	1980	1981	1982	1983
Zu Jugendstrafe bis 2 Jahre mit Bewährung Verurteilte	468	421	493	377
Zugänge in Bewährungsaufsicht nach § 21 JGG	349	305	435	310
Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe	101	103	109	118
Zugänge in Bewährungsaufsicht nach § 27 JGG	47	69	68	101
Übrige zu Jugendstrafe Verurteilte (des Vorjahres)	372	336	370	386
Zugänge in Bewährungsaufsicht nach §§ 88, 89 JGG	126	129	110	183

Die vereinzelt Fälle eines Zugangs infolge Aussetzung der Strafe oder des Strafrestes im Gnadenwege sind in Zeile 2 enthalten.

Schon ein erster Blick auf die Tabellen bestätigt den höheren Stellenwert der Bewährungshilfe im Jugendstrafrecht im Vergleich mit dem allgemeinen Strafrecht. Dies folgt im Grunde aus den §§ 24 und 88 Abs. 5 JGG, die die Bewährungshilfe obligatorisch machen, während sie im allgemeinen Strafrecht fakultativ ist. Vor diesem Hintergrund ist sogar unerklärlich, warum zwischen der ersten und zweiten Zeile in den beiden ersten Abschnitten der obigen Tabelle Differenzen dieses Ausmaßes bestehen. Die Differenz im dritten Abschnitt hingegen kann hingenommen werden, weil – wie oben bezüglich der Erwachsenen ausgeführt – hier unter den „übrigen zu Jugendstrafe Verurteilten“ auch alle gezählt sind, die ihre Strafe voll verbüßen, also nicht auf Bewährung vorzeitig entlassen und folglich nicht der Bewährungsaufsicht unterstellt werden konnten.

Die folgende Aufstellung erlaubt den unmittelbaren Vergleich zwischen Erwachsenen und Jugendlichen. Die jeweils ersten Zeilen „Potentielle Fälle von Bewäh-

rungsaufsicht“ sind dabei die Summe der in den obigen Tabellen differenziert gebotenen einzelnen Gruppen von Verurteilten.

	1980	1981	1982	1983	Zu- sammen
Allgemeines Strafrecht					
Potentielle Fälle von Bewährungsaufsicht	3 641	3 395	3 894	4 148	15 078
Tatsächliche Unterstellungen (Zugänge)	761	655	695	724	2 835
Anteil in %	21	19	18	17	19
Jugendstrafrecht					
Potentielle Fälle von Bewährungsaufsicht	941	860	972	881	3 654
Tatsächliche Unterstellungen (Zugänge)	522	503	613	594	2 232
Anteil in %	55	58	63	67	61

Die „potentiellen“ Fälle enthalten keine Doppelzählungen. Wer mit anderen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes vergleichen will, sei jedoch daran erinnert, daß im Jugendstrafrecht unter den potentiellen Fällen hier auch diejenigen nach § 27 JGG (Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe) mitgezählt sind, die in den Tabellen sonst nicht enthalten sind, da sie dort nicht als „Abgeurteilte“ gelten. Durch die oben beschriebene Zeitverschiebung ergeben sich in der Summe der vier Jahre nur Abweichungen von jeweils 20 Personen, was bei der Größe der absoluten Zahlen unbeachtlich ist. Dieses Verfahren mit der zeitlich versetzten Addition bringt dagegen für die Betrachtung des einzelnen Jahres eine Verbesserung mit sich.

In anderer Hinsicht sind die Zahlen der „potentiellen Fälle“ jedoch überhöht. Dies wurde oben ausgeführt (zu § 57 StGB und §§ 88, 89 JGG). Ferner ist beim Jugendstrafrecht die oben erwähnte unerklärliche Diskrepanz zwischen Verurteiltenzahlen und Zugängen in Bewährungsaufsicht zu bedenken, die zu einem statistischen Ergebnis führen, das im JGG keine Stütze findet. Dennoch wurden als dritte Zeile Anteile errechnet, die, saubere Zahlen vorausgesetzt, zu Erkenntnissen führen würden. Angesichts der geschilderten beeinträchtigenden Umstände wird hier jedoch auf eine Interpretation von Stand und Entwicklung der Anteile verzichtet.

Voreilig wäre möglicherweise der Schluß, daß die sichtbaren Entwicklungen jeweils so beabsichtigt sind. Zur Erklärung würde die Annahme genügen, daß die Kapazität der nun einmal vorhandenen Bewährungshel-

fer bis zur Neige ausgeschöpft ist. Die Gesamtzahl der Unterstellungen ist in den letzten vier Jahren nur noch geringfügig angestiegen, und zwar von knapp 1 300 auf reichlich 1 300 Zugänge im Jahr, die Zahl der Bewährungshelfer in Schleswig-Holstein schwankte seit 1981 nur gering; 1984 gab es 51 Bewährungshelfer. 1980 waren es 54 gewesen, 1981 51 und 1982 und 1983 je 53; diese Zahlen gelten jeweils für den 31.12. des Jahres, was zufällige untypische Abweichungen ermöglicht.

Die Belastung der Bewährungshelfer ist natürlich nicht an der Zahl der Zugänge zu messen, sondern an den bestehenden Unterstellungen. Ende 1984 betreuten die 51 Bewährungshelfer in Schleswig-Holstein 3950^x Probanden, was im Schnitt 77 für jeden einzelnen bedeutet. Wer sich vor Augen führt, was die Betreuung eines Probanden an Zeit kostet, wieviel Besuche bei ihm, bei Familienangehörigen, Vermietern, Arbeitgebern und Ämtern notwendig sind, welche Wege im Landgerichtsbezirk – es gibt vier in Schleswig-Holstein – dafür zurückzulegen sind, **der wird erkennen, daß eine so hohe Zahl von Probanden bereits den Sinn der Bewährungshilfe im Kern gefährdet. Es dürfte objektiv mehr Anlässe und subjektiv mehr Bedürfnisse für Zuwendungen geben, als der Bewährungshelfer bewältigen kann. Das muß sich wahrscheinlich auch auf den Erfolg der Bewährungszeit auswirken. Einen Mißerfolg – siehe weiter unten – kann man wohl dann nicht mehr nur dem Probanden anlasten, wenn ihm einerseits Labilität und damit auch positive Anlagen bescheinigt werden und deshalb eine gezielte Hilfe gewährt wird, andererseits diese dann aber unter dem konkret erforderlichen Maß bleibt.**

Tatsächlich haben die Bewährungshelfer noch mehr Rechtsbrecher zu betreuen, nämlich die einer Führungsaufsicht Unterstellten. Die Führungsaufsicht soll einen Verurteilten mit erwiesener krimineller Grundeinstellung (z. B. bei mehrfachem Rückfall) davor bewahren, weitere Straftaten zu begehen, soweit er nicht oder nicht mehr durch Strafvollzug zuverlässig daran gehindert ist. Es handelt sich hierbei um kleinere Zahlen, nur etwa ein Fall auf 25 Fälle von Führungsaufsicht. Am 31.12.1984 waren es 158. Damit erhöht sich die durchschnittliche Zahl der Betreuten je Bewährungshelfer von den oben genannten 77 auf reichlich 80.

Die Dauer der Bewährungszeit wird vom Gericht im Rahmen gesetzlicher Obergrenzen angeordnet. Die Statistik läßt Schlüsse über ihre durchschnittliche Länge zu. Dazu soll noch einmal auf die ersten Übersichtstabellen eingegangen werden, und zwar auf ihre

letzten beiden Zeilen. Dort wurden den Unterstellungen (Zugänge) eines Jahres der Bestand an Unterstellten beigefügt. Die ersten fünf Zeilen dieser Aufstellungen für das allgemeine und das Jugendstrafrecht sind kongruent, d. h. sie gehören als Gesamt- und Teilmenge einer einheitlichen Zählung von Ereignissen im Zeitraum des betreffenden Jahres an. Sie sind deshalb voll aufeinander beziehbar. Anders die letzte Zeile. Sie enthält den Bestand an einem Stichtag, dem Ende des Jahres, und darf nicht einfach als weitere Teilmenge angesehen werden. Es gilt, sich den Unterschied zwischen Beständen und Ereignissen zu vergegenwärtigen. Aus dem Verhältnis dieser verschiedenartigen Mengen zueinander können aber vorsichtige Schlüsse daraus gezogen werden, wie lange der Zustand anhält, zu dem das gezählte Ereignis führt. *Ist der Bestand größer als die zugehörige Ereignissumme eines Jahres, dann ist daraus zu schließen, daß der Zustand (hier: unter Bewährungsaufsicht) etwa um soviel länger als ein Jahr dauert, wie der Faktor der Mengen ausmacht. Wenn z. B. der Bestand einer Bevölkerung zwei Millionen beträgt und sich jährlich 20 000 Geburten ereignen, dann gibt dieses Mengenverhältnis 100:1 eine erste grobe Annäherung daran, wie lange der Zustand (das Leben) anhält, der durch das Ereignis (die Geburt) eintritt. Ein anderes Beispiel sind die Patienten, die im Laufe eines Jahres in einem Krankenhaus aufgenommen werden, z. B. 6 000, und der Krankenbestand an irgendeinem Tag mit durchschnittlicher Belegung, z. B. 250. Mit 1:24 ist der Schluß erlaubt, daß der Zustand (der Aufenthalt im Krankenhaus) im Mittel ein vierundzwanzigstel Jahr lang anhält, etwa 15 Tage.*

Es kann also gefragt werden, wie lange etwa die Bewährungsaufsicht im Durchschnitt dauert und ob es in dieser Hinsicht Unterschiede zwischen allgemeinem und Jugendstrafrecht gibt.

	1981	1982	1983	1984	
Allgemeines Strafrecht					
Bestehende Bewährungsaufsichten	2 096	2 046	2 068	2 337	— 2227
Zugänge in Bewährungsaufsicht	655	695	724	891	
Quotient Bestand durch Zugänge	3,2	2,9	2,9	2,6	
Jugendstrafrecht					
Bestehende Bewährungsaufsichten	1 360	1 444	1 481	1 613	— +1613
Zugänge in Bewährungsaufsicht	503	613	594	624	3950
Quotient Bestand durch Zugänge	2,7	2,4	2,5	2,6	

Die oben beschriebene grobe Rechnung führt zu der Aussage, daß die Unterstellung zwischen zwei und

drei Jahren dauert. Der Wert liegt im allgemeinen Strafrecht mit 2,9 für die dargestellten vier Jahre etwas höher als im Jugendstrafrecht, wo er 2,5 beträgt. Hier wirkt sich aus, daß die Obergrenze der Bewährungszeit im allgemeinen Strafrecht mit 5 Jahren höher ist als im Jugendstrafrecht (3 Jahre). Der Durchschnittswert hat sich im allgemeinen Strafrecht von 3,2 im Jahre 1981 auf 2,6 für 1984 verringert und damit dem Wert im Jugendstrafrecht angeglichen; dort ist keine gerichtete Veränderung erkennbar.

Zum Schluß sollen noch die beendeten Bewährungsaufsichten betrachtet werden, also die Abgänge. Leider endet längst nicht jede Bewährungszeit erfolgreich, also mit Straferlaß, sondern nicht selten auch durch Widerruf. Dies geschieht, wenn der Verurteilte während der Bewährungszeit eine Straftat begeht oder gegen Weisungen oder Auflagen gröblich oder beharrlich verstößt (§ 56f StGB). Selbst in diesem Falle ist der Widerruf nicht zwingend; statt dessen kann auch die Bewährungszeit verlängert oder es können weitere Weisungen oder Auflagen erteilt werden oder es kommt erst jetzt zur Unterstellung unter einen Bewährungshelfer. Hier ist daran zu erinnern, daß zwar das Aussetzen einer Freiheitsstrafe zum Festsetzen einer Bewährungszeit führt, nicht aber notwendig – außer im Jugendstrafrecht – zur Anordnung einer Bewährungsaufsicht. Nur diese letzteren Fälle erscheinen naturgemäß in der Statistik der Bewährungshilfe.

Eine dritte Art des Abgangs ist die Aufhebung der Unterstellung, die auf § 56e beruht; nach dieser Bestimmung kann der Richter seine Entscheidung über Bewährungshilfe jederzeit ändern oder aufheben, also die Bewährungszeit auch verkürzen oder die Bewährungsaufsicht aufheben. Dies kann als erfolgreiche Beendigung angesehen werden.

Auch bei den Gründen für die Beendigung einer Bewährungsaufsicht gibt es im Jugendstrafrecht eine Besonderheit. Sie entspricht der für die Zugänge nach § 27 JGG (nur Schuldspruch, keine Jugendstrafe, aber Bewährungsaufsicht). Wenn sich der Jugendliche in einem solchen Fall schlecht führt, wird der Richter auf die Strafe erkennen, die er ausgesprochen hätte, wenn er schon gleich zu dem negativen Urteil über das Ausmaß der schädlichen Neigung des Jugendlichen gekommen wäre (§ 30 Abs. 1 JGG, Verhängung der Jugendstrafe). Ein Aussetzen zur Bewährung wie im Normalfall ist dann, wenn das Strafurteil so entsteht, nicht möglich. Bewährt sich der Jugendliche jedoch, dann endet die Bewährungszeit mit der Tilgung des Schuldspruchs (§ 30 Abs. 2).

Die dritte und vierte Zeile der nachstehenden Tabelle lassen also das Verhältnis der erfolgreichen zu den erfolglosen Bemühungen des Jugendgerichts speziell bei den Fällen nach § 27 erkennen, während die erste und zweite Zeile das entsprechende Verhältnis für diejenigen Jugendlichen zeigt, die der Richter nach ihrem Reifegrad schon in der Verhandlung beurteilen zu können glaubte.

Beendete Unterstellungen nach dem Beendigungsgrund

	1981	1982	1983	1984
Allgemeines Strafrecht				
Bewährung mit Straferlaß	298	377	356	350
Widerruf	240	343	314	231
Aufhebung der Unterstellung	25	29	29	41
Erfolgsquote in %	57	54	55	63
Jugendstrafrecht				
Bewährung mit Straferlaß	303	288	300	263
Widerruf	173	187	185	154
Bewährung mit Tilgung des Schuldspruchs	53	49	63	67
Verhängung der Jugendstrafe	11	5	9	8
Erfolgsquote in %	66	64	65	67

Von den 265 Fällen der Jahre 1981 bis 1984, wo eine Bewährungsaufsicht auf der Basis des § 27 JGG endete, gingen 232 gut aus und 33 schlecht, also 88% waren Erfolge. Innerhalb der anderen Fälle beim Jugendstrafrecht (Bewährungsaufsicht nach §§ 21, 88, 89) endeten von 1853 Fällen in diesen vier Jahren 699 schlecht, was eine Erfolgsquote von immerhin noch 62% bedeutet. Im allgemeinen Strafrecht schließlich war die Erfolgsquote mit 57% noch etwas geringer. Als Erfolge sind dabei auch die Fälle der dritten Zeile gezählt worden.

Die genannten Quoten beziehen sich, wie gesagt, auf die Summe der betrachteten Jahre. Sie sind in der Tabelle aber auch für die einzelnen Jahre angegeben, für das Jugendstrafrecht allerdings nur als Gesamtquote, weil die Absolutzahlen im § 27-Bereich für eine relevante Aussage zu gering sind. Insgesamt könnte in den Erfolgsquoten seit 1982 eine leicht positive Entwicklung erkannt werden, wenn sie auch schwach und folglich nicht gegen Rückfälle gesichert erscheint.

Arnold Heinemann

Weiteres Material in den Stat. Berichten B VI 7.

Besitzverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben

Der Boden ist die wichtigste Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion. Über diesen Produktionsfaktor verfügen die Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe im wesentlichen in zweierlei Art: als Grundeigentümer oder als Pächter von Einzelflächen oder von ganzen Betrieben, wobei zwischen kurzfristigen (z. T. nur für eine Vegetationsperiode), mittelfristigen und langfristigen Pachten zu unterscheiden ist. Daneben wird in vereinzelt Fällen auch unentgeltlich überlassenes Land bewirtschaftet. Letztere Besitzform kann in den folgenden Ausführungen vernachlässigt werden, weil in Schleswig-Holstein nur 0,3% der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) hierunter fallen.

Eigenland bietet für den Betrieb eine Reihe von Vorteilen. Es ist eine sichere Kalkulationsgrundlage für die Organisation des Betriebes und für die Planung von Investitionen. Es ermöglicht langfristige Meliorationen, fördert die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit auf Dauer und kann als Sicherheit für Investitionskredite dienen.

Diesen Vorteilen stehen Nachteile dann gegenüber, wenn Eigenland käuflich erworben werden muß – evtl. sogar mit Hilfe von Krediten: Festlegung von Eigenkapital bzw. die langfristige Belastung durch Zinsen und Tilgung von Krediten. Hier wird möglicherweise Kapital festgelegt oder werden andere liquide Mittel gebunden, die für Investitionen zur Rationalisierung der Betriebsabläufe, zur Ertragssteigerung oder für die Aufstockung von Nutztierbeständen erforderlich wären.

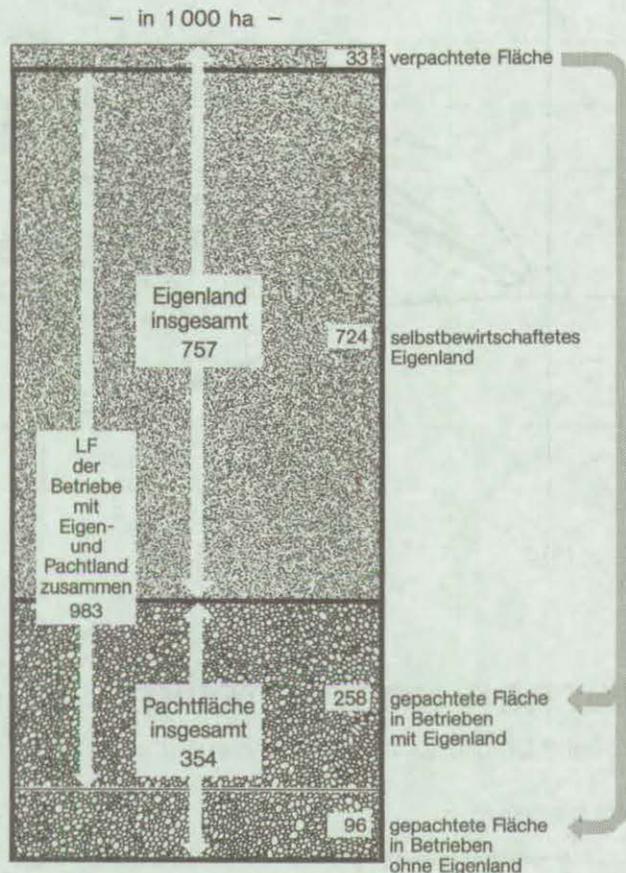
In diesen Fällen bietet die Zupacht häufig die einzige oder die sinnvollste Möglichkeit, die Flächen des Betriebes zu vergrößern und zwar mit dem Ziel besserer Ausnutzung der übrigen Produktionsfaktoren und der Minimierung der Stückkosten, um dadurch den Betriebsgewinn zu maximieren.

1983 wurden in Schleswig-Holstein von den Betrieben ab 1 ha bewirtschafteter LF insgesamt 1,081 Mill. ha landwirtschaftlich genutzt. Hiervon waren zwei Drittel Eigenland und ein Drittel gepachtet und zwar 6% von nahen Verwandten und 27% von familienfremden Personen. Die gepachtete Fläche insgesamt läßt sich auch nach einem anderen interessanten Kriterium gliedern: Sie stammte nur zu 11% von noch existenten Betrieben und zu 89% von Grundeigen-

tümern, die keinen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschafteten.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) in Betrieben ab 1 ha LF nach Pacht- und Eigenfläche 1983

D 5469 Stat. LA. S-H



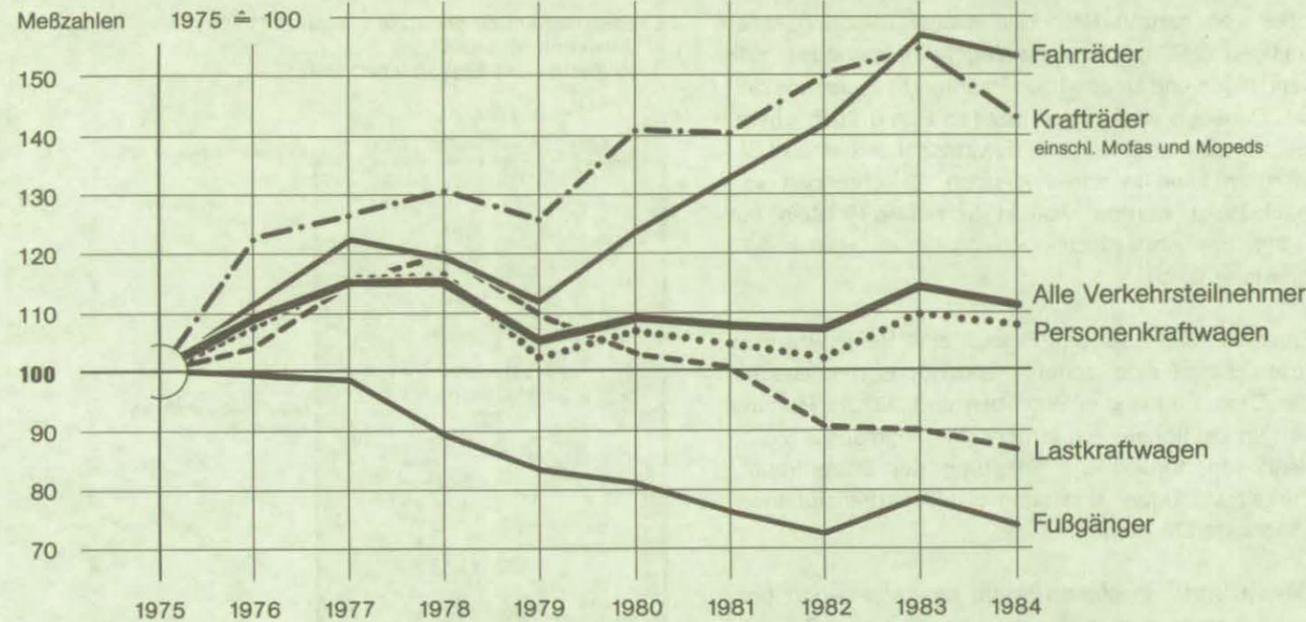
Die von anderen Betrieben gepachtete Fläche wird von jenen als verpachtet gemeldet. Betrachtet man diese verpachteten Flächen nach der Größe der abgebenden Betriebe, dann fällt auf, daß der Anteil der verpachteten Flächen besonders hoch ist bei den Betrieben unter 10 ha LF, d. h. in diesen Größenklassen handelt es sich – abgesehen von Gartenbaubetrieben oder einigen Spezial-Tierhaltungen – vielfach, wenn nicht überwiegend, um Restbetriebe von Inhabern, die den größten Teil ihres Grundeigentums verpachtet haben. Das sind Altenteiler, Rentner oder auch Erwerbstätige in nichtlandwirtschaftlichen Berufen, die nur noch – zumeist vorübergehend – Restflächen bewirtschafteten.

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden

Entwicklung seit 1975

Die Unfallbeteiligung ausgewählter Verkehrsteilnehmer

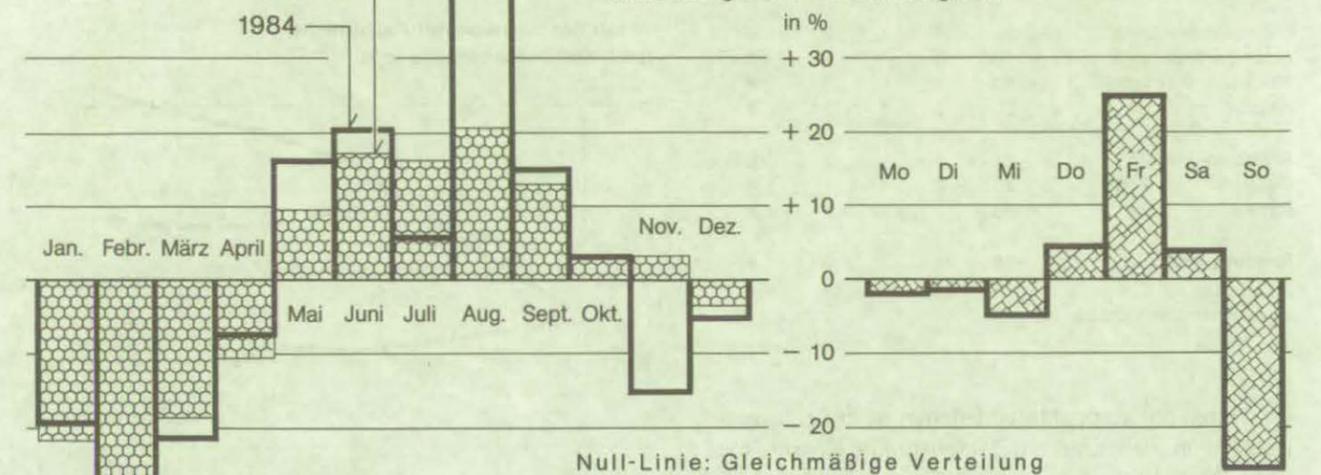
Als Beteiligte an einem Straßenverkehrsunfall gelten alle Fahrzeugführer und Fußgänger, die selbst oder deren Fahrzeug Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten.



Zeitliche Verteilung

auf Monate

Durchschnitt 1975 bis 1984



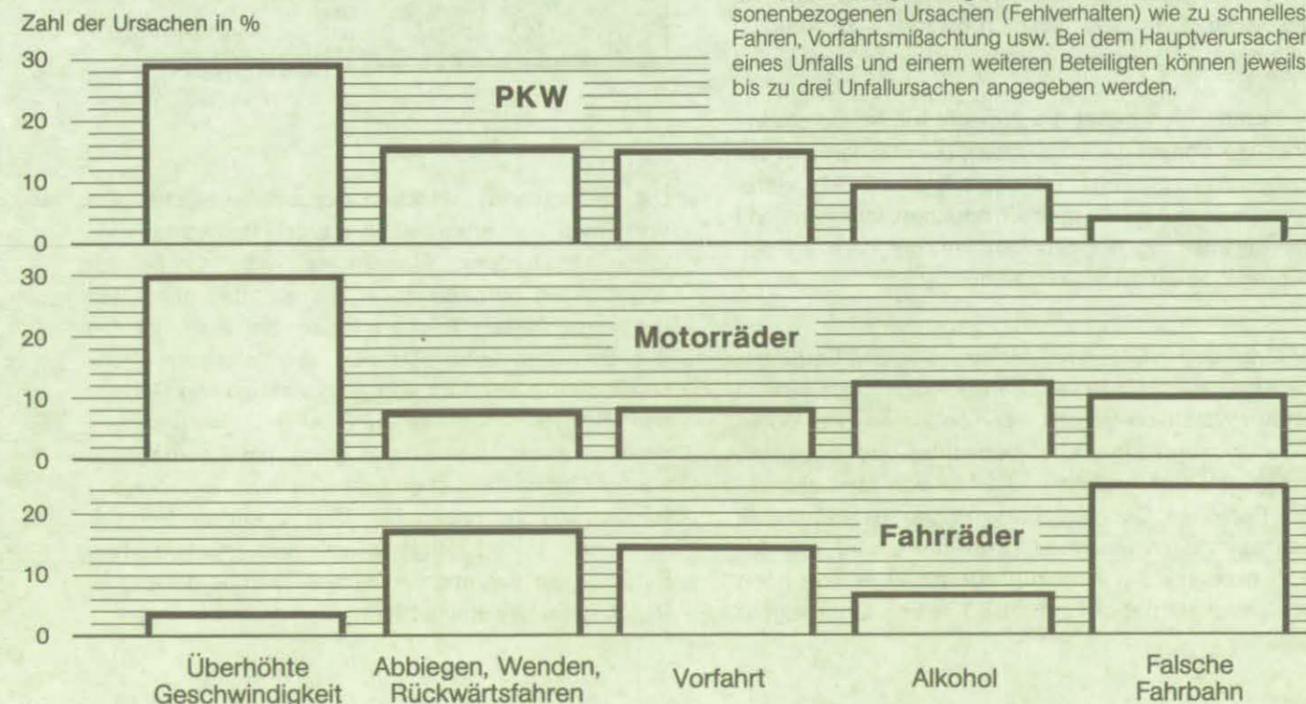
Das Unfallgeschehen verläuft in zeitlichen Wellen, die im wesentlichen die Verkehrsdichte widerspiegeln. Die Unfallzahl schwankt (unbereinigt) in den Monaten eines Jahres zwischen -32% und +21% (Mittelwerte von 10 Jahren), in einem einzelnen Jahr, z.B. 1984, sogar noch stärker. Hier prägen sich der Urlaubsreiseverkehr und die Winterfahrpause aus. Fast ebenso groß sind die Abweichungen vom Wochenmittel, aber ein-

deutiger konzentriert auf den Freitag als unfallträchtigsten und den Sonntag als unfallärmsten Tag. Den weitaus größten Einfluß auf die Unfallhäufigkeit hat jedoch die Tageszeit. Zur verkehrsreichsten Stunde (16.00 bis 17.00 Uhr) ereignen sich gut doppelt so viele Unfälle (+106%) wie bei Gleichverteilung, und in der Nachtsenke (4.00 bis 5.00 Uhr) nur ein Siebtel des 24-Stunden-Mittels (-85%).

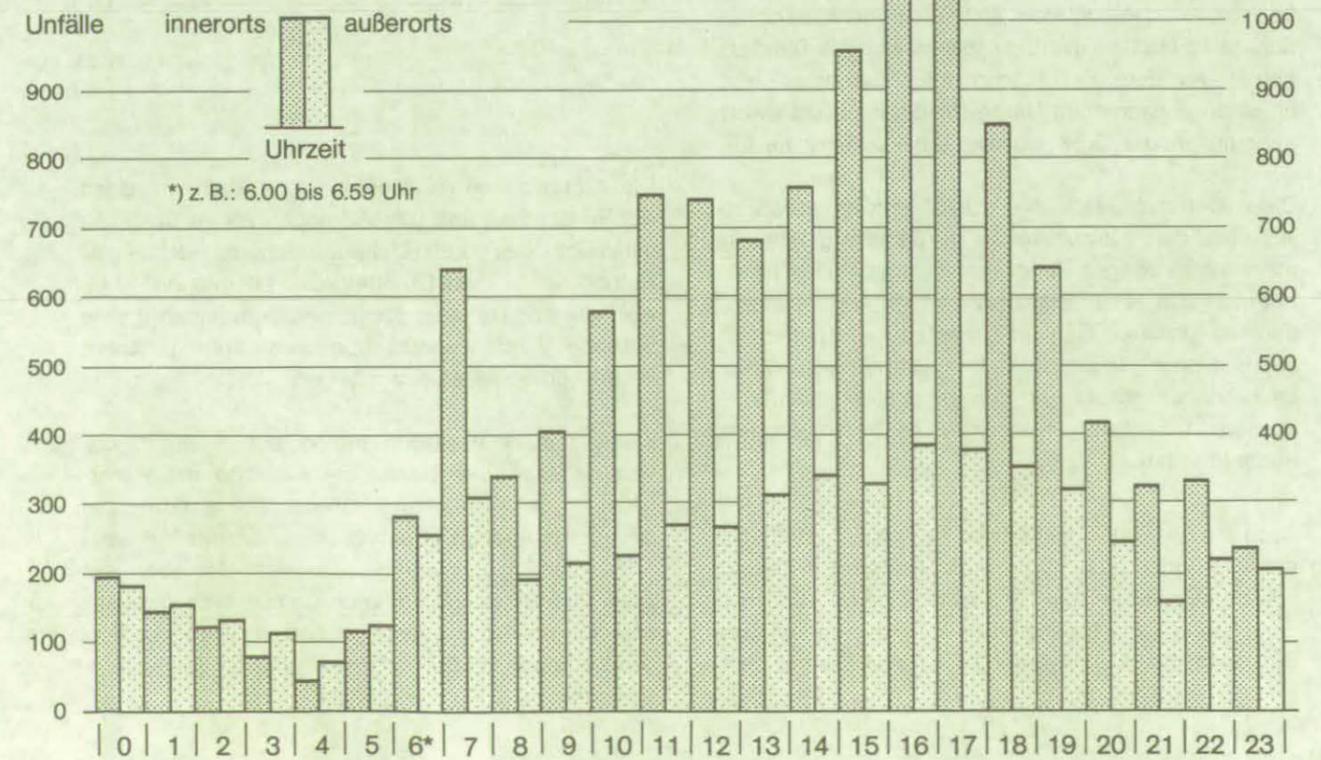
Ursachen und Beteiligte

Ausgewählte Unfallursachen bei Fahrzeugführern 1984

Zu jedem Unfall, über den die Polizei eine Verkehrsunfallanzeige ausfüllt, werden die Unfallursachen aufgenommen. Man unterscheidet zwischen allgemeinen Ursachen wie Straßenglätte und Nebel, die nur dem Unfall, aber nicht einzelnen Beteiligten zugeordnet werden können, und personenbezogenen Ursachen (Fehlverhalten) wie zu schnelles Fahren, Vorfahrtsmißachtung usw. Bei dem Hauptverursacher eines Unfalls und einem weiteren Beteiligten können jeweils bis zu drei Unfallursachen angegeben werden.



auf Tagesstunden 1984



Anteil der verpachteten an der gesamten eigenen landwirtschaftlich genutzten Fläche in den Flächenländern 1983 in %

Bundesland	Betriebe mit ... ha selbstbewirtschafteter LF				
	1 bis unter 5	5 bis unter 20	20 bis unter 50	50 und mehr	Zusammen
Schleswig-Holstein	51	19	2	2	4
Niedersachsen	43	9	2	3	6
Nordrhein-Westfalen	20	4	1	3	4
Hessen	20	3	1	2	4
Rheinland-Pfalz	21	4	1	2	5
Baden-Württemberg	20	3	1	1	4
Bayern	26	3	1	4	4
Bundesgebiet¹	26	4	1	3	4

1) einschließlich Stadtstaaten

Der Anteil der verpachteten Flächen ist in Schleswig-Holstein in den unteren Betriebsgrößenklassen mit über 50% besonders hoch, während in den süddeutschen Ländern nur 20 bis 26% der Eigenfläche der Betriebe in der gleichen Betriebsgrößenklasse verpachtet sind. Die größeren Betriebe (hier ab 20 ha) verpachteten nur in geringem Umfang. Das gilt für alle Flächenländer, mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Niedersachsen auch schon für die Größenklasse 5 bis unter 20 ha LF.

Andererseits ist der Anteil der Betriebe mit Zupachtflächen in den unteren Betriebsgrößenklassen in Schleswig-Holstein niedriger als im übrigen Bundesgebiet. An dem Pachtflächenanteil gemessen gibt es einen gravierenden Unterschied zum Bundeswert aber nur in der Größenklasse 1 bis unter 2 ha LF.

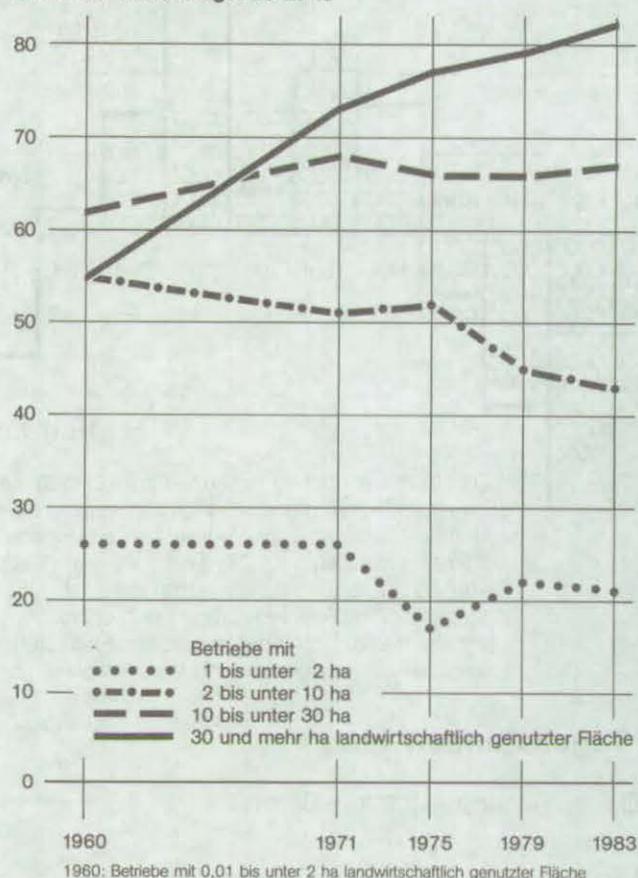
Diese Unterschiede lassen darauf schließen, daß es sich bei den Kleinbetrieben in Schleswig-Holstein mehr als im übrigen Bundesgebiet um die o. g. Restbetriebe und Restflächen handelt. Es kommt hinzu, daß der gesamte Bereich Gartenbau – zu dem im süddeutschen Raum noch eine Vielzahl von Weinbaubetrieben gehört – in den Kleinbetriebs-Größenklassen in Schleswig-Holstein wesentlich geringere Bedeutung hat.

Auch aus der Grafik geht hervor, daß größere Betriebe erheblich öfter zupachten als die kleineren. Während von den Betrieben mit 1 bis unter 2 ha LF 1983 nur jeder fünfte Land gepachtet hatte, waren es bei den Betrieben mit 30 und mehr ha LF vier Fünftel. Seit

1960 hat der Anteil der Betriebe mit Pachtland in den Größenklassen unter 10 ha LF abgenommen, während er bei den größeren Betrieben (über 30 ha LF) von 55% auf 82% gestiegen ist. In allen dargestellten Jahren nach 1960 gilt außerdem, daß die Bedeutung der Flächenpacht mit der Betriebsgröße ebenfalls steigt.

Anteil der Betriebe mit Pachtfläche nach der Betriebsgröße in %

D 5470 - Stat. LA S-H



Diese Ergebnisse resultieren daraus, daß zum einen die Bereitschaft und das Vermögen zur Aufstockung eines Betriebes durch Flächenzupacht mit wachsender Betriebsgröße – von Großbetrieben ab etwa 200 ha LF vielleicht abgesehen – steigt, und zum anderen viele Betriebe durch Zupacht überhaupt erst in höhere Betriebsgrößenklassen aufsteigen.

Weniger stark verändert haben sich während der Vergleichszeit die Anteile der Betriebe mit Pachtflächen von Familienangehörigen. Diese Form der Zupacht ist jedoch ebenfalls stark von der Betriebsgröße abhängig. Während von den Betrieben mit 2 bis unter 10 ha LF 1983 nur rund 8% von Familienangehörigen Land gepachtet hatten, waren es von den Betrieben mit 50 und mehr ha LF 17%.

**Anteile der Pachtflächen an der LF
nach Größenklassen und Flächenländern¹ in %**

Bundesland	1971	1983
Schleswig-Holstein	29,7	32,8
davon in Betrieben mit...bis unter...ha LF		
1- 2	21,4	22,2
2-10	33,3	29,1
10-20	29,1	28,5
20-30	27,9	27,0
30-50	29,5	28,7
50 und mehr	30,6	36,7
Niedersachsen	35,0	37,6
Nordrhein-Westfalen	34,6	33,6
Hessen	30,3	36,9
Rheinland-Pfalz	39,1	46,2
Baden-Württemberg	30,4	37,1
Bayern	16,4	23,0
Saarland	42,6	46,7
Bundesgebiet²	28,5	32,8

- 1) in Betrieben ab 1 ha LF
2) einschließlich Stadtstaaten

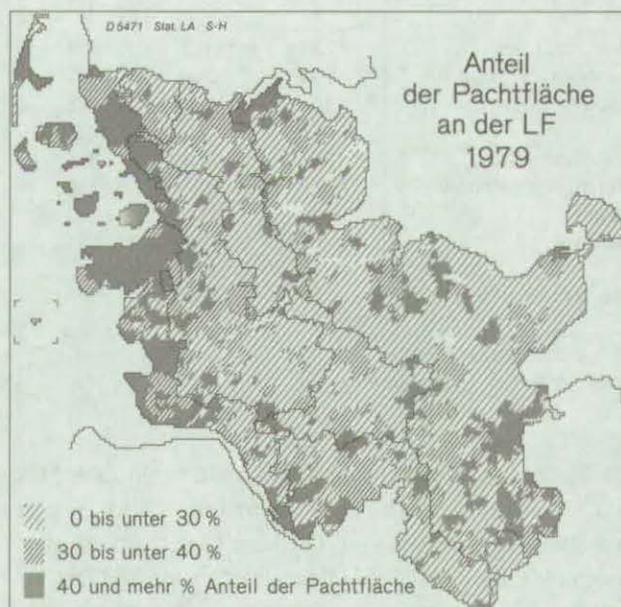
Nicht so deutlich sind die Unterschiede zwischen den Betriebsgrößenklassen, wenn man den Anteil der Pachtfläche an der selbstbewirtschafteten LF betrachtet. Sieht man einmal von der untersten und der obersten Größenklasse ab, so bewegen sich diese Anteile um 28 % und haben sich zumeist seit 1971 nicht gravierend verändert. Anders ist es in der Größenklasse 50 und mehr ha LF. Hier hat sich der Anteil der Pachtfläche von 31 % auf 37 % vergrößert. Diese Größenklasse ist obendrein die einzige, deren Betriebszahl sich seit 1971 kontinuierlich und deutlich erhöht hat. D. h. Betriebe, die 1971 noch kleiner waren als 50 ha LF, haben ihre LF durch Zukauf, mehr aber noch durch Zupacht auf mehr als 50 ha vergrößert. Dadurch hat sich auch der Pachtlandanteil aller Betriebe in Schleswig-Holstein seit 1971 von 30 % auf 33 % vergrößert.

Ähnliche Entwicklungen gab es – abgesehen von Nordrhein-Westfalen – auch in den übrigen Bundesländern, wobei das Saarland und Rheinland-Pfalz mit 47 und 46 % den Pachtlandanteil Schleswig-Holsteins weit übertrafen und Bayern zwar den niedrigsten Pachtlandanteil von 23 %, andererseits die höchste Steigerung seit 1971 aufzuweisen hat.

Wegen der insgesamt sehr unterschiedlichen Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe dürfte es in den einzelnen Größenklassen noch weitere Differenzierungen zwischen den Bundesländern geben, die hier jedoch nicht untersucht werden sollen.

Leicht rückläufig war seit 1971 der Anteil „reiner“ Pachtbetriebe. Während 1971 noch 13 % aller Betriebe ausschließlich Pachtflächen bewirtschafteten, waren es 1983 nur noch 10 %. In den Größenklassen unterhalb 20 ha haben sich diese Anteile von 1971 bis 1983 kaum verändert; dagegen wurden Betriebe über 20 ha LF 1983 wesentlich seltener als reine Pachtbetriebe bewirtschaftet als vor 12 Jahren. Wie häufig es sich bei den Betrieben mit ausschließlich Pachtland um Familienpachtungen handelt, ist aus den vorhandenen Auswertungen nicht zu erkennen.

Über die Besitzverhältnisse gibt es Regionaldaten unterhalb der Landesebene nur aus den etwa alle zehn Jahre durchgeführten Landwirtschaftszählungen, durch die diese Merkmale in allen Betrieben erhoben werden. Die neuesten Daten stammen daher noch aus dem Jahre 1979. Danach wurden die Besitzverhältnisse nur noch in repräsentativen Stichproben ermittelt und konnten lediglich zu Landesergebnissen hochgerechnet werden.



Besonders hohe Pachtlandanteile werden an der Westküste sowie in Teilen des Hügellandes erkennbar. An der Westküste sind es zum einen die Ackerbaugebiete, in denen Marktfruchtbetriebe durch Zupacht von Teilflächen oder auch von ganzen Betrieben ihre Betriebsfläche vergrößern. Zum andern werden auch heute noch in traditioneller Weise Dauergrünlandflächen kurzfristig zum „Gräsen“ (Jungrinderaufzucht und Rindermast) gepachtet. An der Westküste sind auch die Betriebe mit Pachtland relativ häufiger als in den übrigen Regionen des Landes. Im Osten Schleswig-

Holsteins ergibt sich kein einheitliches Bild. Hier sind es vor allem die Gemeinden im Umland der Städte und die Städte selbst, in denen höhere Pachtlandanteile und auch höhere Anteile von Betrieben mit Pachtland festzustellen sind. Eine Besonderheit wird in der Stadt Lübeck erkennbar. Hier ist zwar der Pachtlandanteil mit 51 % besonders hoch, der Anteil der pachtenden an allen Betrieben mit 61 % jedoch unterdurchschnittlich. Der hohe Pachtlandanteil ergibt sich hier durch einige größere Pacht-Domänen. Ähnliches gilt auch für den Raum Ratzeburg.

Pachtentgelte für Pachtungen¹ von familienfremden Personen nach Größenklassen und Flächenländern in DM/ha

Bundesland	1971	1979	1983
Schleswig-Holstein	261	382	451
davon in Betrieben mit...bis unter...ha LF			
1 - 2	278	352	443
2 - 10	270	369	446
10 - 20	257	372	399
20 - 30	249	356	404
30 - 50	258	371	420
50 und mehr	269	395	475
Niedersachsen	227	319	405
Nordrhein-Westfalen	294	356	423
Hessen	165	200	228
Rheinland-Pfalz	217	279	317
Baden-Württemberg	247	227	279
Bayern	198	302	371
Saarland	85	132	155
Bundesgebiet²	229	298	363

1) in Betrieben ab 1 ha LF

2) einschließlich Stadtstaaten

Die Pachtentgelte für landwirtschaftlich genutzte Flächen – insbesondere für ackerfähiges Land – sind in Schleswig-Holstein seit 1971 im Durchschnitt aller Größenklassen und aller Nutzungsarten von 261 DM/ha auf 451 DM/ha um 73 % gestiegen, wobei zu berücksichtigen ist, daß es sich bei diesen Werten um Durchschnitte zwischen Alt- und Neupachten, zwischen Pachten von Acker- und Grünland, von geringwertigen und hochertragfähigen Böden, von Teilparzellen und geschlossenen Hofpachten handelt.

Während der Vergleichszeit hat es, wie die Übersicht zeigt, eine etwas unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Größenklassen gegeben. Während die Höhe der Pachtentgelte der Größenklassen 1971 noch recht einheitlich war, sind sie in den Betriebsgrößenklassen unter 10 ha LF einerseits und ab 50 ha LF andererseits bis 1983 stärker gestiegen als in den

mittleren Betriebsgrößenklassen. Bei den Betrieben unter 10 ha LF dürfte es sich, soweit diese Flächen zugepachtet haben, häufiger um intensiv bewirtschaftete Betriebe wie Gärtnereien handeln, die bereit und in der Lage sind, höhere Pachtentgelte zu zahlen. Bei den Betrieben über 50 ha LF sind es vor allem Marktfruchtbetriebe besserer Standorte, aber auch Futterbaubetriebe, deren Inhaber durch Betriebsvergrößerung kostengünstiger produzieren und daher auch etwas höhere Pachtpreise zahlen können, zumeist also Betriebe mit bereits größerer Eigenfläche und damit günstigerer Ausgangsposition. Pachtentgelte von 800 DM/ha und mehr sind nach Auswertung der Agrarberichterstattung 1983 überwiegend nur von Betrieben über 50 ha LF, d. h. von größeren Marktfruchtbetrieben auf besten Standorten, gezahlt worden. Falls kleinere Betriebe Pachtentgelte über 800 DM/ha zahlten, handelte es sich fast ausschließlich um Gartenbaubetriebe.

Wie bereits erwähnt, lassen sich aus den Stichprobenergebnissen der Agrarberichterstattung 1983 keine Regionalergebnisse hochrechnen, so daß die neuesten Ergebnisse über Pachtentgelte in den Kreisen und Naturräumen aus der Landwirtschaftszählung 1979 stammen. Hierüber wurde bereits in dieser Zeitschrift berichtet.¹ Zusammenfassend sei daraus erwähnt, daß die höchsten durchschnittlichen Pachtentgelte von über 600 DM/ha in den Ackerbau-Naturräumen der nördlichen Marsch erzielt wurden, danach in den Naturräumen Nordoldenburg/Fehmarn (539 DM/ha) und Dithmarscher Marsch (505 DM/ha). Die niedrigsten durchschnittlichen Pachtentgelte wurden in den Naturräumen Lauenburger Geest, der Holsteinischen Vorgeest und dem Ostholsteinischen Hügelland Nordwest (vor allem in dessen westlichen Teil) und den Südmecklenburgischen Niederungen (170 bis 300 DM/ha) registriert.

Ein Vergleich der durchschnittlichen Pachtentgelte mit denen der anderen Bundesländer zeigt, daß in Schleswig-Holstein die höchsten Werte erzielt werden. Danach folgen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Am Schluß der Skala liegt das Saarland mit nur 155 DM/ha. Das hohe durchschnittliche Pachtentgelt in Schleswig-Holstein – bei vergleichsweise niedrigen Kaufwerten für landwirtschaftliche Grundstücke – dürfte vor allem durch die starke Nachfrage nach Ackerflächen in den Marschen und in Ostholstein zu erklären sein.

Dr. Matthias Sievers

1) Produktions- und Betriebsstrukturen der Landwirtschaft in den Naturräumen Schleswig-Holsteins 1979, in dieser Zeitschrift, Heft 4/1983

Kurzberichte

Ausfuhr 1984

Im Jahre 1984 ist die Ausfuhr Schleswig-Holsteins kräftig gestiegen. Sie überschritt erstmals den Wert von 10 Mrd. DM. Hierfür gibt es mehrere Gründe. Einmal hat die Konjunktur weltweit wieder Tritt gefaßt. In den USA gab es einen starken konjunkturellen Aufschwung, der eine beträchtliche Nachfrage nach deutschen Waren auslöste. Von dieser Entwicklung profitierte auch Schleswig-Holstein. Eine weitere Ursache für den rasanten Exportanstieg bildete der Höhenflug des amerikanischen Dollars. Dadurch verbilligten sich einerseits die deutschen Waren für die Käufer in den USA, womit der Importsog aus Amerika noch verstärkt wurde, zum anderen verbesserte sich die Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure gegenüber der amerikanischen Konkurrenz auf Drittmärkten. Die geringe Geldentwertung im Inland im Vergleich zu den meisten anderen Staaten verschaffte den deutschen Exporteuren einen zusätzlichen Wettbewerbsvorteil. Als weitere Ursache für das gute Exportergebnis im vergangenen Jahr sind die hohen Ausfuhren des Sonderschiffbaus zu nennen.

Die ein- und ausgeführten Waren werden in der Außenhandelsstatistik u. a. nach Warengruppen und Warenuntergruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft gegliedert. Die Bausteine für diese Gruppierung bilden die zur Zeit ca. 9 000 Warennummern des deutschen Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik. Darin werden die ein- und ausgeführten Güter zunächst nach dem Herkunftsbereich grob gegliedert, nämlich nach „Ernährungswirtschaft“ und „gewerbliche Wirtschaft“. Die Güter der Ernährungswirtschaft werden wiederum in „lebende Tiere“, „Nahrungsmittel“, unterteilt in Nahrungsmittel tierischen und pflanzlichen Ursprungs, sowie in „Genußmittel“ gegliedert. Innerhalb der gewerblichen Wirtschaft werden „Rohstoffe“, „Halbwaren“ und „Fertigwaren“ unterschieden, wobei die Fertigwaren noch einmal in „Vorerzeugnisse“ und „Enderzeugnisse“ aufgeteilt werden. Die Unterscheidungskriterien sind hier der Verarbeitungsgrad und die Verwendungsreife. Rohstoffe und Halbwaren sind demnach Waren, die noch unbearbeitet (Rohstoffe) oder wenig bearbeitet (Halbwaren) sind. Fertigwaren sind demgegenüber stärker bearbeitete Waren, die noch weiter bearbeitet werden müssen (Vorerzeugnisse) oder die verwendungsreif sind (Enderzeugnisse).

Diese Einteilung soll letztlich einen Anhaltspunkt über das Verhältnis von in- und ausländischer Wertschöp-

fung bei der Herstellung der dem Außenhandel zugeführten Waren liefern. Günstig würden danach solche Länder dastehen, die überwiegend Rohstoffe und Halbwaren importieren, dagegen überwiegend Fertigwaren exportieren. Für die Güter der Ernährungswirtschaft steht eine solche Aufteilung noch aus. Es würde sicherlich einer besseren Durchleuchtung des Außenhandels dienen, wenn auch die Güter der Ernährungswirtschaft nach dem erreichten und nach dem noch bevorstehenden Verarbeitungsgrad unterschieden würden, denn auch in diesem Bereich werden Rohstoffe für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und verwendungsreife Nahrungs- und Genußmittel nebeneinander ein- und ausgeführt.

In der Ausfuhr Schleswig-Holsteins dominieren die Fertigwaren. Auf sie entfielen 1984 mit 7,5 Mrd. DM fast drei Viertel des Gesamtvolumens. Die Enderzeugnisse waren an der Ausfuhr von Fertigwaren mit 6,4 Mrd. DM gleich 86% beteiligt. An erster Stelle der Fertigwaren-Enderzeugnisse standen mit einem Wert von 1,8 Mrd. DM Maschinen. Dahinter folgten mit 1,5 Mrd. DM die sonstigen Erzeugnisse. Daran war vor allem der Sonderschiffbau beteiligt. Wesentlichen Anteil an der Ausfuhr von Enderzeugnissen wie an der Gesamtausfuhr Schleswig-Holsteins haben auch die elektrotechnischen Erzeugnisse. 1984 belief sich deren Export auf 653 Mill. DM. Der Wert feinmechanischer und optischer Erzeugnisse war mit 634 Mill. DM nicht viel geringer. Größere Bedeutung hatte 1984 auch die Ausfuhr von Büchern, Karten, Noten und Bildern (289 Mill. DM), zivilen Wasserfahrzeugen (286 Mill. DM), pharmazeutischen Erzeugnissen (230 Mill. DM) und Kraftfahrzeugteilen (202 Mill. DM).

Der Export von Fertigwaren-Vorerzeugnissen erreichte 1984 einen Wert von 1 Mrd. DM oder 10% der Gesamtausfuhr. Davon waren über 50% chemische Vorerzeugnisse. Erwähnenswert ist auch die Ausfuhr von Papier und Pappe, die 1984 bei 181 Mill. DM lag. Der Wert der ausgeführten Halbwaren bezifferte sich im vergangenen Jahr auf 852 Mill. DM (8,5% der Gesamtausfuhr). Davon entfielen über 400 Mill. DM auf chemische Halbwaren. Ein weiterer großer Posten (100 Mill. DM) war Teer einschließlich Teerdestillationserzeugnisse. Rohstoffe werden nur in geringem Umfang aus Schleswig-Holstein ausgeführt, 1984 waren es etwas über 200 Mill. DM. Bei diesen Rohstoffen handelte es sich vornehmlich um Abfallstoffe (Linters) aus der Verarbeitung von Papier (83 Mill. DM) sowie um Felle und Häute (70 Mill. DM).

Gegenüber 1983 hat die Ausfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft um rund ein Viertel zugenommen. Besonders stark entwickelte sich der Export von Vorerzeugnissen, und zwar um ein Drittel. Dazu haben vor allem die chemischen Vorerzeugnisse sowie Papier und Pappe beigetragen. Um 25% vergrößerte sich die Ausfuhr von Enderzeugnissen. Dieser Anstieg ging in erster Linie auf das Konto der sonstigen Enderzeugnisse, deren Ausfuhr sich wegen der bereits genannten Entwicklung im Sonderschiffbau mehr als verdoppelte. Hohe Zuwachsraten erzielte die Wirtschaft auch bei der Ausfuhr von Büchern und Karten (+ 23,3%), feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (+ 13,7%) und Fahrzeugteilen (+ 12,3%), also bei Gütern, die im Export Schleswig-Holsteins eine wichtige Rolle spielen. Die Ausfuhr von Halbwaren stieg fast ebenso stark an wie die von Enderzeugnissen. Erheblich höher als im Jahr 1983 war dabei der Export von chemischen Halbwaren. Dagegen schmolz die Ausfuhr von Düngemitteln auf rund 700 000 DM zusammen. 1983 hatte sie noch einen Wert von fast 100 Mill. DM erreicht.

Die Ausfuhr 1984 nach der Warengruppe

	Ausfuhrwert		Veränderung gegenüber 1983 %
	Mill. DM	Anteil %	
Ernährungswirtschaft	1 555	15,4	+ 12,3
darunter			
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	634	6,3	+ 9,3
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	617	6,1	+ 4,5
Gewerbliche Wirtschaft	8 526	84,6	+ 26,1
darunter			
Halbwaren	852	8,5	+ 23,7
Fertigwaren			
Vorerzeugnisse	1 025	10,2	+ 32,7
Enderzeugnisse	6 428	63,8	+ 24,9
Insgesamt	10 081	100	+ 23,8

Die Ernährungswirtschaft führte im vergangenen Jahr Waren im Wert von 1,6 Mrd. DM aus. Das sind 12,3% mehr als 1983. Der Anteil an der letztjährigen Gesamtausfuhr betrug 15%. An erster Stelle standen Nahrungsmittel tierischen Ursprungs mit einem Wert von 634 Mill. DM. Fleisch und Fleischwaren sowie Milch in Form von Milchpulver bildeten die Hauptposten. Schleswig-Holstein verließen außerdem Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs mit einem Wert von 617 Mill. DM. Wichtigster Einzelposten war Weizen mit 167 Mill. DM. Die Ausfuhr von Genußmit-

teln und lebenden Tieren fällt nicht so stark ins Gewicht wie die von Nahrungsmitteln. Der Gesamtwert des Genußmittelexports lag 1984 bei 179 Mill. DM. Davon entfielen über 80% auf Kaffee. Die Ausfuhr von lebenden Tieren belief sich auf 125 Mill. DM. Davon resultierten über 90% aus der Ausfuhr von lebenden Rindern.

Die Hauptabnehmer schleswig-holsteinischer Waren sind die westlichen Industrieländer. Sie führten 1984 Waren im Wert von 6,8 Mrd. DM ein, rund zwei Drittel unserer Gesamtausfuhr. Der Export in diese Länder stieg 1984 um rund 1 Mrd. DM oder 18%. In die Entwicklungsländer gingen 1984 Waren für 2,8 Mrd. DM. Dies entspricht einem Anteil von etwas mehr als einem Viertel. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich Exporte in diese Ländergruppe um knapp 900 Mill. DM oder fast 50%. Dazu trug entscheidend der Sonderschiffbau bei. Die dritte große Ländergruppe bilden die Staatshandelsländer. Sie nahmen uns im vergangenen Jahr Waren im Wert von 480 Mill. DM ab, das sind knapp 5% unserer Gesamtausfuhr und 0,2% weniger als 1983.

Die 10 wichtigsten Abnehmerländer 1984

	Ausfuhrwert		Veränderung gegenüber 1983 in %
	in Mill. DM	Anteil in %	
Dänemark	883,3	8,8	+ 28,4
Niederlande	849,8	8,4	+ 10,3
Frankreich	751,5	7,5	+ 13,4
Großbritannien	668,3	6,6	+ 22,1
USA	540,8	5,4	+ 56,5
Italien	480,0	4,8	+ 34,6
Kolumbien	427,7	4,2	+ 193,4
Malaysia	386,7	3,8	
Chile	379,1	3,8	+ 545,7
Schweiz	345,6	3,4	+ 20,3

Innerhalb der Gruppe der westlichen Industrieländer ist die Europäische Gemeinschaft der wichtigste Handelspartner Schleswig-Holsteins. Im vergangenen Jahr führten die EG-Staaten Waren im Wert von 4,2 Mrd. DM (+ 17,4%) aus Schleswig-Holstein ein. Das waren rund 60% unserer Ausfuhr in die westlichen Industrieländer. An zweiter Stelle lagen die EFTA-Länder. Der Export dorthin erreichte 1984 mit 1,2 Mrd. DM (+ 5,2%) einen Anteil von 12%. Die Ausfuhr in die Entwicklungsländer teilte sich 1984 folgendermaßen auf: Asien 1,3 Mrd. DM (Anteil: 46%), Amerika 1,1 Mrd. DM (39%) und Afrika 412 Mill. DM (15%). Die Ausfuhr nach Ozeanien spielte keine Rolle. Zu den asiatischen Entwicklungsländern rechnen hier alle Länder in Asien mit Ausnahme von Japan und der

Staatshandelsländer China, Nordkorea, Vietnam, Mongolei. In Amerika sind es alle Länder bis auf die USA und Kanada. Von den afrikanischen Ländern zählt nur die Republik Südafrika nicht zu den Entwicklungsländern.

In der Rangfolge der wichtigsten Bezieher schleswig-holsteinischer Waren nahmen 1984 Staaten der Europäischen Gemeinschaft die ersten vier Plätze ein. An erster Stelle stand unser nördlicher Nachbar Dänemark, wohin die Wirtschaft Schleswig-Holsteins im vergangenen Jahr Waren im Wert von 883 Mill. DM ausfuhrte. Dänemark nahm damit in den letzten zehn Jahren sechsmal den ersten Platz ein. Hinter Dänemark belegten die Niederlande 1984 den zweiten

Rang mit 850 Mill. DM. Dahinter folgten Frankreich mit 752 Mill. DM und Großbritannien mit 668 Mill. DM. An fünfter und sechster Stelle lagen die USA und Italien. 1983 hatte Italien den fünften Rang vor den USA innegehabt. Nach Italien folgten 1984 drei Entwicklungsländer, nämlich Kolumbien, Malaysia und Indonesien. Dies lag an den hohen Ausfuhren des Sonderschiffbaus in jene Länder. Die Zuwachsrate für Malaysia ist in der Tabelle durch einen Punkt ersetzt, weil sie wegen des sehr geringen Ausfuhrwertes 1983 exorbitant hoch ist. Rang zehn nahm 1984 die Schweiz ein, die 1983 an neunter Stelle gelegen hatte.

Karlheinz König

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1–5“: „1 bis unter 5“.

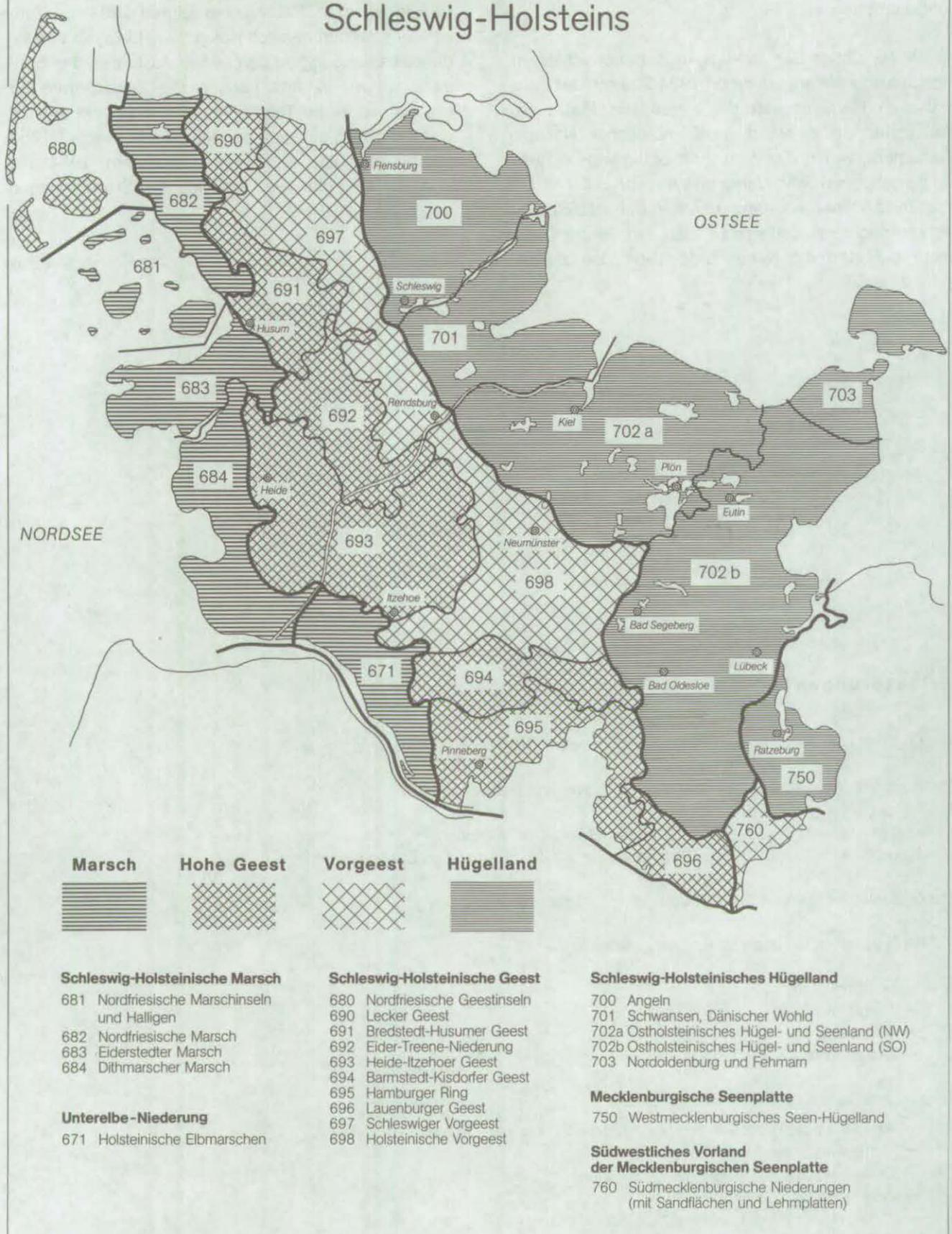
Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

- p — vorläufige Zahl
- r — berichtigte Zahl
- s — geschätzte Zahl
- D — Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 — weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- — nichts vorhanden
- — Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / — Zahlenwert nicht sicher genug
- × — Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... — Angabe fällt später an

Naturräumliche Gliederung Schleswig-Holsteins



Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Bildung und Kultur	
Auszubildende 1983	3/38
Produzierendes Gewerbe	
Investitionen 1982	1/16
Handel und Gastgewerbe	
Außenhandel	2/22
Öffentliche Finanzen	
Gemeindeanteil Einkommensteuer	3/43
Preise	
Preisindizes der Lebenshaltung seit 1970	1/2
Umweltschutz	
Öffentliche Abfallbeseitigung 1982	2/30
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1984	4/57
Die Frau in Schleswig-Holstein, gestern – heute – morgen	5/102

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1983	1984	1984			1985			
				März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 618	2 615	2 616	2 616	2 616	2 614
NATURLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 237	1 254	1 014	1 135	1 740	644	1 067
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,7	5,8	4,6	5,3	7,8	3,2	4,8
*Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	1 956	1 913	1 870	1 972	1 969	1 745	1 918
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,0	8,8	8,4	9,2	8,9	8,7	8,6
*Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 585	2 565	2 733	2 602	2 642	2 783	2 859
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,9	11,8	12,3	12,1	11,9	13,9	12,9
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	19	18	20	16	23	14	16
* je 1 000 Lebendgeborene		9,7	9,4	10,7	8,1	11,7	9,0	8,3
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 629	- 652	- 863	- 630	- 673	- 1 038	- 941
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,9	- 3,0	- 3,9	- 2,9	- 3,0	- 5,2	- 4,2
WANDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 436	5 582	5 324	5 497	5 601	4 239
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 937	5 164	4 783	4 887	4 665	3 677
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 499	+ 418	+ 541	+ 610	+ 936	+ 562
*Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴⁾	Anzahl	10 095	10 213	9 643	9 260	9 528	8 843
Wanderungsfälle	Anzahl	20 468	20 958	19 750	19 644	19 794	16 759
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		140	143	132	134	132	128
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose	1 000	107	109	115	107	101	134	127	117	111
darunter *Männer	1 000	62	64	69	64	59	83	78	70	66
Kurzarbeiter	1 000	17,1	13,7	21,9	16,1	12,7	25,3	22,1	16,4	10,6
darunter Männer	1 000	14,2	12,0	19,9	14,6	10,8	22,4	20,1	14,8	9,1
Offene Stellen	1 000	2,5	2,7	3,8	3,3	3,2	3,2	3,8	3,7	3,3
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 616 ^a	1 627 ^a
darunter *Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	574 ^a	545 ^a
*Schweine	1 000	1 733 ^a	1 767 ^a	.	1 783	.	.	.	1 746	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	190 ^a	191 ^a	.	194	.	.	.	191	.
darunter *trächtig	1 000	128 ^a	130 ^a	.	126	.	.	.	126	.
SCHLACHTUNGEN⁵⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	38	45	39	35	39	33	37	42	45
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	238	240	239	234	238	212	232	233	233
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	4 ^c	4	3	2	3	3	2	2
*SCHLACHTMENGEN⁶⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN⁵⁾ (ohne Geflügel)										
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	29,8	31,7	29,7	28,4	29,8	26,3	29,2	31,3	32,3
*Kälber	1 000 t	10,5	12,4	10,6	9,5	10,5	8,9	10,0	11,7	12,6
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	19,0	19,1	18,9	18,8	19,1	17,0	18,7	19,1	19,1
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für⁵⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	284	281	276	270	272	278	277	282	281
Kälber	kg	106	108	105	108	104	102	112	106	115
Schweine	kg	81	81	81	81	81	82	82	83	83
GEFLÜGEL										
Eingelegte Bruteier ⁷⁾	1 000	164	152	202	209	198	171	171	204	200
*für Legehennenküken für Masthühnerküken	1 000	1 033	850	989	1 097	870	-	-	4	8
*Geflügelfleisch ⁸⁾	1 000 kg	817	832	787	668	765	753	717	40	40
*MILCHERZEUGUNG										
1 000 t		229	223	274	274	282	p 197	p 239	p 247	p 263
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	97	96	97	98	99	p 94	p 94	p 97	p 98
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,5	13,1	15,8	16,3	16,3	p 12,9	p 14,1	p 15,1	p 15,6

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 6) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 7) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 8) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1983/84 = 6 c) Winterhalbjahr 1984/85 = 5

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1983	1984	1984			1985			
			Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	166	165	162	162	163	164	164	164	165
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	113	112	111	112	113	113	113	113
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 254	16 139	16 833	15 495	16 534	15 700	16 223	16 111	16 100
*Lohnsumme	Mill. DM	301,7	306,1	275,5	294,6	297,7	271,1	280,1	316,3	320,0
*Gehaltssumme	Mill. DM	202,7	207,1	192,9	197,4	205,4	192,0	198,7	210,1	215,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 559	1 647	2 210	1 435	1 463	1 618	1 742	1 773	1 803
aus dem Inland	Mill. DM	1 071	1 143	1 719	989	1 020	1 140	1 183	1 056	1 019
aus dem Ausland	Mill. DM	488	503	490	446	443	478	559	717	784
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 849	3 020	2 905	2 902	3 247	2 710	3 063	3 101	3 155
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 319	2 346	2 370	2 250	2 447	2 047	2 465	2 407	2 423
*Auslandsumsatz	Mill. DM	529	674	536	653	800	663	598	694	732
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	19	19	20	21	19
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	40,2	39,5	49,0	39,9	42,9
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	66	80	95	83	79
*leichtes Heizöl	1 000 t	8	9	19	8	7
*schweres Heizöl	1 000 t	57	70	76	74	72
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	222	236	249	236	237	236	245	237	248
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	25	24	21	19	18	22	24	22	23
*Index der industriellen Nettoproduktion im produzierenden Gewerbe 6)	1980 = 100	92,4	101,8	99,0	107,8	108,9	98,6	103,8
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	49 160	47 249	47 715	48 266	48 369	38 043	38 521	39 571	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 473	5 156	5 238	5 402	6 513	1 761	3 201	4 259	...
darunter für	1 000	2 346	2 155	2 256	2 300	2 767	776	1 313	1 579	...
*Wohnungsbauten	1 000	1 176	1 119	1 181	1 185	1 346	505	769	921	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 176	1 119	1 181	1 185	1 346	505	769	921	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 765	1 749	1 683	1 778	2 214	462	1 080	1 689	...
*Lohnsumme	Mill. DM	112,1	108,4	100,1	114,0	134,2	34,4	61,5	86,1	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	19,2	19,7	18,2	18,8	19,8	16,0	16,0	16,6	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	376,1	364,1	268,4	314,6	385,0	116,6	196,7	237,2	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	247,6	209,2	265,3	242,2	286,5	123,5	236,0	209,8	...
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 998	8 083	7 774	7 723	7 843	7 404	7 274	7 334	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	940	970	936	869	980	788	827	867	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,1	20,1	18,1	18,0	20,0	15,8	16,6	17,5	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	56,0	59,2	47,9	45,7	52,2	45,4	44,1	43,3	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	959	1 842	2 112	1 920	1 909	1 785	1 998
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	816	861	969	828	801	972	979
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)				1.Vj.84			1.Vj.85			
am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,3	101,8	99,8	.	.	.	94,6	.	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	134,0	135,0	110,9	.	.	.	102,0	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) Ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1985 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1983	1984	1984			1985			
				März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	661	503	526	514	624	361	525	492	537
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	483	385	377	364	483	271	439	392	442
*2 Wohnungen	Anzahl	107	73	101	83	83	45	59	74	67
*Rauminhalt	1 000 m³	687	458	498	573	574	377	381	377	405
*Wohnfläche	1 000 m²	120	83	88	103	103	69	71	69	72
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	171	122	127	133	160	80	96	109	137
*Rauminhalt	1 000 m³	599	408	330	360	480	330	423	399	383
*Nutzfläche	1 000 m²	103	71	63	65	84	58	70	66	65
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 570	1 075	1 140	1 314	1 314	992	914	797	938
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	678,8	840,1	890,6	668,7	942,7	777,2	838,5	821,2	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	115,4	129,6	129,0	132,2	136,9	103,1	139,9	135,1	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	563,4	710,5	761,6	536,5	805,7	674,1	698,6	686,1	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	12,8	18,4	15,7	19,4	18,8	18,1	21,6	21,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	57,4	71,0	61,5	78,6	70,6	64,3	73,4	69,4	...
*Fertigwaren	Mill. DM	493,2	621,1	684,4	438,5	716,4	591,7	603,5	595,6	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	64,3	85,4	87,9	71,1	92,0	85,8	103,5	92,2	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	428,8	535,7	596,5	367,4	624,4	505,9	500,0	503,4	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	295,1	346,5	371,5	341,1	383,0	363,9	406,7	371,0	...
darunter										
Danemark	Mill. DM	57,3	73,6	80,7	72,3	96,0	61,6	78,3	88,0	...
Niederlande	Mill. DM	64,2	70,8	67,3	74,5	67,7	94,2	93,5	74,3	...
Frankreich	Mill. DM	55,2	62,6	75,8	64,2	66,0	63,4	77,5	66,0	...
Italien	Mill. DM	29,7	40,0	42,7	41,7	43,4	49,1	52,5	42,8	...
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	108,9	109,8	r 110,3	108,9	108,6	r 93,7	107,4	109,8	...
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	107,7	106,9	84,0	110,6	114,9	r 70,0	83,1	103,6	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSSSTATEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	238	236	136	242	307	p 95	p 152	p 212	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	22	23	13	25	26	p 9	p 14	p 23	...
*Übernachtungen	1 000	1 377	1 361	538	1 209	1 466	p 360	p 630	p 1 015	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	42	42	24	45	49	p 17	p 26	p 40	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 175	...	1 322	1 222	1 144
Güterversand	1 000 t	603	...	703	591	670
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	138	140	159	139	133	90	133	123	129
*Güterversand	1 000 t	148	153	140	159	163	87	135	138	163
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	9 382	8 855	13 560	11 920	11 299	7 289	11 004
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	432	342	1 035	973	682	117	707
*Personenkraftwagen ²⁾	Anzahl	8 253	7 894	11 688	10 137	9 861	6 690	9 592
*Lastkraftwagen	Anzahl	400	384	520	480	489	275	398
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	400	384	520	480	489	275	398
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 533	1 472	1 160	1 366	1 709	919	1 086	p 1 191	p 1 600
*Getötete Personen	Anzahl	43	37	39	31	38	26	21	p 30	p 38
*Verletzte Personen	Anzahl	1 966	1 876	1 495	1 788	2 164	1 170	1 344	p 1 526	p 2 031

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge
 2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1983	1984	1984			1985			
				Monats- durchschnitt ¹⁾	März	April	Mai	Febr.	März	April
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	65 433	68 298	65 192	65 829	66 272	68 232	68 676	68 607	68 669
darunter										
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	63 597	66 472	63 486	64 114	64 578	66 485	66 939	66 876	66 965
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 907	9 729	9 694	9 590	9 674	9 812	10 063	9 814	9 847
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 190	9 466	9 353	9 322	9 451	9 488	9 862	9 635	9 663
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	717	264	341	268	223	324	201	179	184
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 348	6 961	7 175	7 195	7 232	6 471	6 433	6 367	6 331
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 529	5 190	5 407	5 407	5 437	4 969	4 951	4 883	4 850
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 819	1 770	1 768	1 788	1 795	1 502	1 481	1 484	1 480
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	46 341	49 782	46 617	47 328	47 672	50 202	50 444	50 695	50 787
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	34 816	37 401	35 063	35 288	35 541	37 775	37 955	38 191	38 225
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 525	12 381	11 554	12 041	12 131	12 427	12 489	12 504	12 562
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	40 378	42 502	39 864	40 031	40 373	42 666	42 533	42 767	42 882
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	24 711	26 271	24 393	24 594	24 951	26 372	26 260	26 522	26 769
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	18 366	19 983	18 134	18 335	18 556	20 082	19 941	20 128	20 321
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 345	6 288	6 259	6 260	6 395	6 290	6 318	6 394	6 448
*Spareinlagen	Mill. DM	15 667	16 231	15 471	15 437	15 422	16 294	16 274	16 245	16 113
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namenschuldverschreibungen)	Mill. DM	11 457	12 174	11 573	11 549	11 566	12 269	12 283	12 277	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	990	990	873	789	755	992	1 034	917	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	896	946	897	823	776	935	1 054	949	...
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	54	64	63	64	63	70	52	97	54
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	0,2	-	-	-	1	1	-	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	337	352	325	323	342	321	350
*Wechselsumme	Mill. DM	2,4	2,5	1,6	1,5	2,3	2,7	2,6
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt	1. Vj. 84			1. Vj. 85			
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 248,0	2 311,3	2 420,7	.	.	.	2 421,8	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 567,9	1 644,7	1 609,3	.	.	.	1 669,2	.	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 161,8	1 210,6	1 132,1	.	.	.	1 219,2	.	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	237,0	231,4	271,8	.	.	.	242,7	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	17,9	22,1	18,8	.	.	.	20,2	.	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	151,2	180,6	186,5	.	.	.	187,1	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	680,0	666,5	811,4	.	.	.	752,6	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	442,1	396,2	553,6	.	.	.	476,4	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	238,0	270,3	257,8	.	.	.	276,2	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	131,0	130,8	141,1	.	.	.	132,9	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,1	0,0	0,1	.	.	.	0,1	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	118,5	118,4	117,3	.	.	.	106,3	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	164,2	164,7	169,7	.	.	.	175,2	.	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	30,9	27,6	27,2	.	.	.	27,7	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	73,8	71,9	74,8	.	.	.	82,5	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	5,5	6,2	5,0	.	.	.	5,0	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	261,0	267,5	239,7	.	.	.	263,1	.	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,3	7,5	7,9	.	.	.	7,6	.	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	57,3	61,0	59,8	.	.	.	62,8	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	181,8	189,8	177,8	.	.	.	184,9	.	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKORPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 202,7	1 211,5	1 278,3	.	.	.	1 261,3	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	601,3	628,8	607,4	.	.	.	634,6	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	452,2	436,6	531,5	.	.	.	492,9	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	18,2	15,3	- 1,7	.	.	.	0,9	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 293,4	1 347,9	1 397,6	.	.	.	1 413,5	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	735,3	776,5	767,2	.	.	.	790,0	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	375,7	391,4	462,4	.	.	.	447,4	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	18,2	15,3	- 1,7	.	.	.	0,9	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	455,2	473,7	241,1	.	.	.	258,2	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	145,4	159,3	181,3	.	.	.	183,1	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	230,6	236,7	- 2,1	.	.	.	- 3,1	.	.

Fußnoten nächste Seite

	1983	1984	1984			1985				
			Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100										
Einfuhrpreise	115,8	122,8	119,8	120,5	122,4	129,5	130,4	128,3
Ausfuhrpreise	112,3	116,2	115,1	115,5	116,0	119,2	119,7	120,0
Grundstoffpreise ⁶⁾	115,2	121,2	119,3	119,8	120,9	125,4	125,8	124,5
Erzeugerpreise										
gewerblicher Produkte ⁶⁾	115,8	119,2	118,2	118,7	118,9	121,6	121,8	122,0
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	108,2	106,9	113,3	111,3	108,8	r 104,1	p 104,4	p 103,5
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	111,2	114,0	.	.	114,2	114,2
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	113,8	116,1	117,0	117,0	116,8	116,1	116,9	116,7
Einzelhandelspreise	113,2	115,6	115,5	115,6	115,8	117,1	117,6	117,8	118,1	118,1
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	115,6	118,4	117,9	118,1	118,2	120,5	120,9	121,1	121,2	121,2
darunter für										
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	114,3	116,0	116,5	116,7	116,8	117,0	117,4	118,0	118,1	118,1
Bekleidung, Schuhe	113,0	115,7	114,9	115,1	115,5	117,4	117,8	118,0	118,1	118,1
Wohnungsmieten	115,6	120,0	118,7	119,1	119,4	122,8	123,2	123,4	123,6	123,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	124,5	128,8	127,2	127,7	127,3	135,1	136,7	133,9	132,2	132,2
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	113,7	115,9	115,5	115,7	115,8	116,9	117,2	117,4	117,6	117,6
LOHNE UND GEHALTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	671	686	.	675
darunter *Facharbeiter	697	713	.	700
*weibliche Arbeiter	454	467	.	459
darunter *Hilfsarbeiter	435	446	.	440
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	16,34	16,69	.	16,59
darunter *Facharbeiter	17,07	17,45	.	17,30
*weibliche Arbeiter	11,43	11,72	.	11,59
darunter *Hilfsarbeiter	10,97	11,23	.	11,12
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,9	41,0	.	40,7
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,6	39,8	.	39,6
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 848	3 981	.	3 954
*weiblich	2 654	2 749	.	2 726
Technische Angestellte										
*männlich	3 995	4 114	.	4 052
*weiblich	2 602	2 692	.	2 645
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	3 185	3 265	.	3 254
*weiblich	2 125	2 217	.	2 193
Technische Angestellte										
männlich	3 179	3 255	.	3 183
weiblich	(1 914)	(2 178)	.	(2 081)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 392	3 492	.	3 476
weiblich	2 270	2 363	.	2 337
Technische Angestellte										
männlich	3 925	4 042	.	3 977
weiblich	2 520	2 654	.	2 607

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾						
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen	
												in 1 000
1980	2 605	5,2	9,4	12,0	- 7	19	1 128	73	384	220	451	
1981	2 616	5,3	9,4	12,2	- 7	15	1 144	74	385	220	465	
1982	2 620	5,5	9,3	12,1	- 7	6	1 123	69	368	227	459	
1983	2 618	5,7	9,0	11,9	- 8	6	1 135	72	364	232	466	
1984	2 615	5,8	8,8	11,8	- 8	5	1 144	72	344	250	479	

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Bruttoinlandsprodukt ³⁾					
	Schüler im September ²⁾ in				von 100 Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1976			
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
1980	215	87	87	3	12	41	32	15	53 226	7,4	45 387	3,1	96
1981	202	84	86	3	11	40	32	17	54 645	2,7	44 945	- 1,0	95
1982	190	79	83	2	11	40	32	18	56 635	3,6	44 810	- 0,3	96
1983	179	74	80	2	11	38	33	18	58 661	3,6	44 975	0,4	95
1984	167	68	76	2	62 715	6,9	47 444	5,5	97

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁶⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
1980	1 553	520									
1981	1 544	525	1 758	(3 382) ^{a)}	473	2 922	2 446	4 702	2 075	153	889
1982	1 565	541	1 740	3 933	478	3 011	2 585	4 776	2 412	142	890
1983	1 616	574	1 733	3 810	480	3 034	2 747	4 928	2 085	93	589
1984	1 627	545	1 767	3 457	571	3 057	2 674	4 780	2 320	187	831

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸⁾
1980	183	130	229	3 701	2 166	31 134	5 049	365	1 767	422	282	58
1981	180	126	218	3 728	2 292	33 491	6 314	382	1 476	523	287	55
1982	174	121	208	3 717	2 381	33 624	6 486	264	1 273	517	279	50
1983	166	114	195	3 620	2 432	34 185	6 352	227	1 111	579	290	50
1984	165	113	194	3 673	2 485	36 236	8 090	231	1 346	568	312	49

1) Ergebnisse der 1 %-Mikrozensus-erhebungen

2) 1984: November

3) 1981 bis 1984 vorläufiges Ergebnis

4) ohne Ammen- und Mutterkühe

5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

6) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

7) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

8) ohne Eigenerzeugung

9) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Mit früheren Jahren eingeschränkt vergleichbar

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 28. 2. 1985			Bevölkerungsveränderung im Februar 1985			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1985 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLENSBURG	87 006	+ 0,1	+ 0,5	- 47	114	67	55	-	64
KIEL	245 647	- 0,0	- 0,9	- 147	77	- 70	142	1	174
LOBECK	211 231	- 0,1	- 1,5	- 144	- 32	- 176	123	2	147
NEUMONSTER	78 715	+ 0,1	- 0,8	- 27	72	45	49	-	59
Dithmarschen	129 986	- 0,1	- 0,4	- 64	- 2	- 66	66	3	95
Hzgt. Lauenburg	157 864	- 0,0	+ 0,0	- 47	36	- 11	95	-	120
Nordfriesland	161 827	- 0,0	+ 0,2	- 52	39	- 13	86	-	108
Ostholstein	195 246	+ 0,0	+ 0,4	- 99	142	43	155	3	208
Pinneberg	259 533	+ 0,0	- 0,2	- 43	110	67	151	3	191
Piön	118 481	+ 0,0	+ 0,5	- 26	43	17	78	1	112
Rendsburg-Eckernförde	247 672	- 0,1	+ 0,2	- 84	- 42	- 126	160	11	216
Schleswig-Flensburg	182 606	+ 0,0	+ 0,0	- 39	50	11	87	3	111
Segeberg	215 039	- 0,1	+ 0,4	- 70	- 112	- 182	139	3	183
Steinburg	127 636	- 0,1	- 0,1	- 59	- 94	- 153	87	1	127
Stormarn	195 345	+ 0,0	+ 0,7	- 90	161	71	127	7	166
Schleswig-Holstein	2 613 834	- 0,0	- 0,1	- 1 038	562	- 476	1 600	38	2 081

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1985	
	Betriebe am 31. 5. 1985	Beschäftigte am 31. 5. 1985	Umsatz ⁴⁾ im Mai 1985 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾
FLENSBURG	69	8 737	154	34 188	30 569
KIEL	133	23 837	411	95 766	85 940
LOBECK	139	21 129	270	82 735	74 238
NEUMONSTER	72	9 790	108	34 878	30 979
Dithmarschen	75	6 765	370	67 911	54 541
Hzgt. Lauenburg	93	7 723	90	76 447	66 007
Nordfriesland	55	3 124	79	79 977	64 592
Ostholstein	81	5 832	96	87 384	74 836
Pinneberg	186	20 018	324	123 546	107 719
Piön	48	2 524	39	57 484	48 438
Rendsburg-Eckernförde	122	10 081	192	121 333	101 659
Schleswig-Flensburg	86	5 068	131	91 679	74 425
Segeberg	168	14 946	270	114 957	98 987
Steinburg	82	9 102	229	63 308	51 771
Stormarn	145	16 113	392	95 923	84 274
Schleswig-Holstein	1 554	164 789	3 155	1 227 516	1 048 975

1) nach dem Gebietsstand vom 28. 2. 1985 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 12. 1984			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 4. 1985	Kurzarbeiter Monatsmitte April 1985	offene Stellen am 30. 4. 1985	Schweine insgesamt am 3. 12. 1984	Rindvieh am 3. 12. 1984	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 613,8	+ 4,8	- 0,1	117,2	16,4	3,7	1 767	1 627	545
Hamburg	1 592,4	- 11,2	- 1,1	90,2	15,2	2,7	8	13	3
Niedersachsen	7 216,3	+ 1,9	- 0,4	348,2	34,4	12,1	7 381	3 385	1 148
Bremen	656,6	- 7,9	- 1,7	40,1	5,9	1,6	5	17	5
Nordrhein-Westfalen	16 703,9	- 1,2	- 0,8	729,4	135,6	21,1	6 177	2 077	639
Hessen	5 535,2	+ 2,9	- 0,5	165,4	24,4	11,2	1 240	871	285
Rheinland-Pfalz	3 624,0	- 0,6	- 0,3	123,4	19,3	5,1	640	637	227
Baden-Württemberg	9 241,1	+ 3,9	- 0,0	209,0	67,1	23,1	2 260	1 841	677
Bayern	10 957,5	+ 4,6	- 0,1	343,3	44,9	24,6	4 092	5 148	2 028
Saarland	1 050,8	- 6,2	- 0,2	53,9	6,6	1,3	44	71	24
Berlin (West)	1 848,6	- 12,9	- 0,3	84,6	5,2	4,3	3	1	0
Bundesgebiet	61 049,3	+ 0,7	- 0,4	2 304,6	375,1	110,8	23 617	15 688	5 582

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Februar 1985		
	Beschäftigte am 31. 3. 1985	Umsatz ²⁾ im März 1985		Beschäftigte am 28. 2. 1985	zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	je 10 000 Einwohner	
		in 1 000	Mill. DM					Auslandsumsatz in %
		in 1 000	je 1 000 Einwohner					
Schleswig-Holstein	164	3 063	20	38	15	992	3,8	
Hamburg	140	7 617	12	22	14	590	3,7	
Niedersachsen	628	13 695	34	99	14	1 903	2,6	
Bremen	75	1 875	32	10	16	250	3,8	
Nordrhein-Westfalen	1 935	36 839	30	227	14	4 776	2,9	
Hessen	610	9 273	32	85	15	1 381	2,5	
Rheinland-Pfalz	360	7 190	37	59	16	1 148	3,2	
Baden-Württemberg	1 381	22 333	32	176	19	3 900	4,2	
Bayern	1 284	20 267	34	170	16	4 440	4,1	
Saarland	139	2 399	36	17	16	305	2,9	
Berlin (West)	161	3 919	14	32	17	259	1,4	
Bundesgebiet	6 877	128 471	30	937	15	19 944	3,3	

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 1. 1985			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im März 1985			Bestand an Spar- einlagen 6) am 28. 2. 1985 in DM je Einw.	Steuereinnahmen			
	Ins- gesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte		Verun- glückte je 100 Unfälle	des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
		in 1 000	in DM je Einwohner								
Schleswig-Holstein	1 228	1 049	401	1 086	21	1 344	126	6 234	530	490	...
Hamburg	652	586	368	714	6	923	130	9 574	771	3 066	...
Niedersachsen	3 458	2 931	406	2 569	89	3 281	131	7 850	525	452	...
Bremen	274	246	370	275	2	307	112	8 990	643	1 684	...
Nordrhein-Westfalen	7 670	6 839	409	5 522	104	6 973	128	8 810	583	885	...
Hessen	2 814	2 438	440	2 019	39	2 628	132	9 413	645	870	...
Rheinland-Pfalz	1 889	1 586	438	1 331	37	1 776	136	8 875	542	569	...
Baden-Württemberg	4 709	3 992	432	3 121	83	4 214	138	9 644	646	799	...
Bayern	5 631	4 589	419	3 680	114	5 077	141	9 737	585	692	...
Saarland	506	451	429	371	5	537	146	8 371	509	596	...
Berlin (West)	706	621	336	767	10	928	122	8 261	532	1 240	...
Bundesgebiet	29 638 ^a	25 378 ^a	415	21 455	510	27 988	133	8 935	590	821	...

*): An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) ohne Bundespost und Bundesbahn

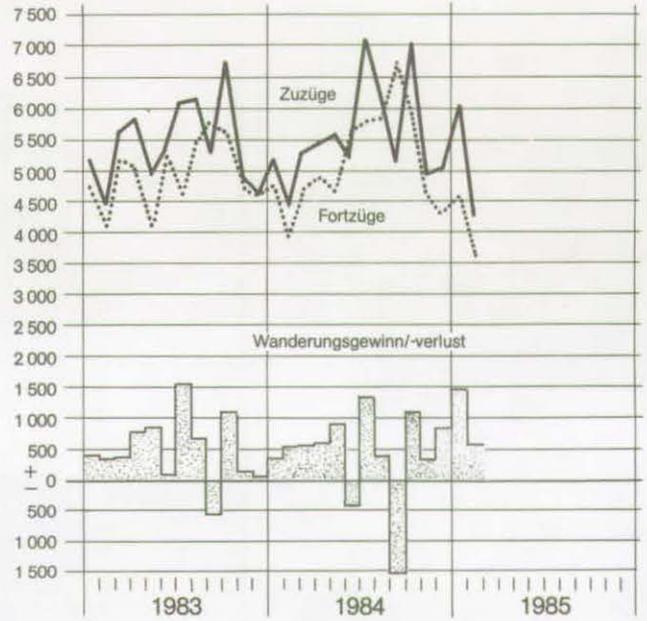
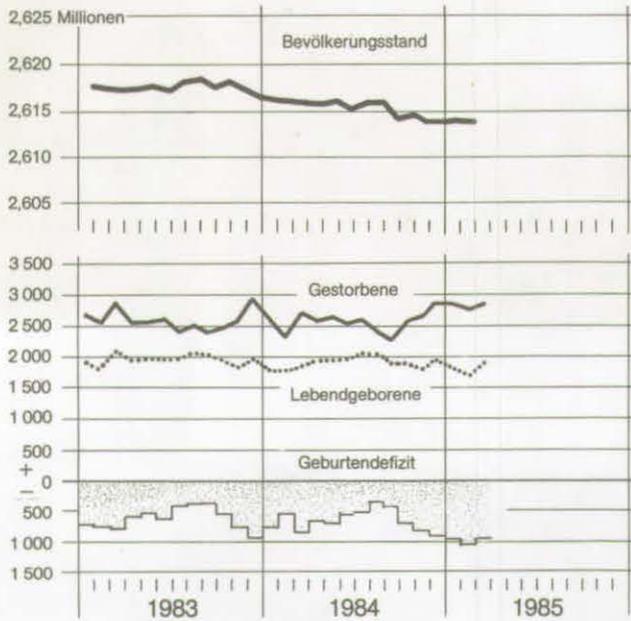
4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 6) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

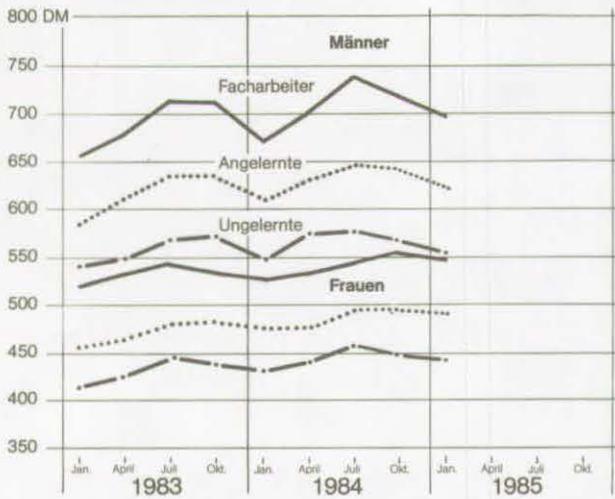
Entwicklung im Bild · A

Teil A erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil B: Umsatz und Beschäftigte im verarbeitenden Gewerbe, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; ferner geleistete Arbeitsstunden und tätige Personen im Bauhauptgewerbe sowie Baugenehmigungen

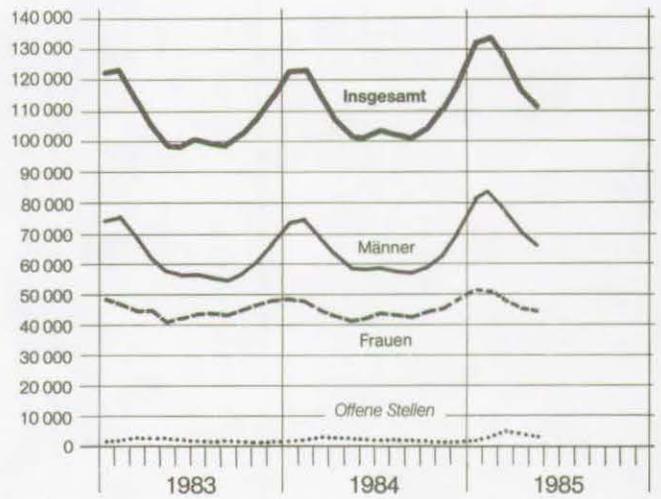
Bevölkerungsstand und -veränderung



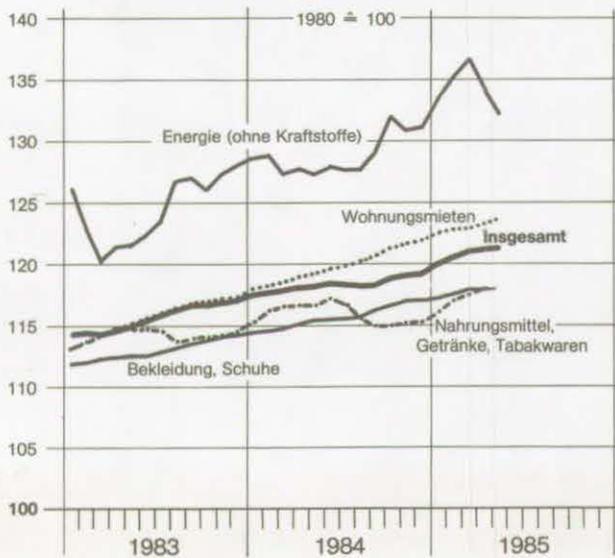
Bruttowochenverdienste



Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen

